

## Offene Fragen der Geschichte Band 5

### Chronik von 1934 bis 1943

Röhm-Putsch,  
NS-Gleichschaltung,  
Appeasement (Beschwichtigung),  
Hitler-Stalin-Pakt,  
Zweiter Weltkrieg,  
US-Hilfslieferungen für Stalin,  
Hitlers Endlösung,  
Mitwisserschaft der Deutschen,  
Unerwünschte jüdische Emigranten,  
Flächenbombardements ...

### Band 5/007

### Chronik vom 13. September 1937 bis zum 30. Mai 1938

#### 13.09.1937

**NS-Regime:** Der Reichsführer SS Heinrich Himmler ordnet am 13. September 1937 an, jüdische Internierte aus der Schutzhaft zu entlassen, falls sie nachweisen, daß sie nach Palästina oder Übersee auswandern können (x032/386).

#### 28.09.1937

**NS-Regime:** Der italienische Staatschef Mussolini erklärt am 28. September 1937 während einer Massenkundgebung in Berlin (x032/389): >>... Die größten und echtsten Demokratien, die die Welt heute kennt, sind die deutsche und die italienische. ...

Wichtig ist, daß unsere beiden großen Völker, eine gewaltige Masse von 115 Millionen, zusammenstehen in einer einzigen unerschütterlichen Entschlossenheit. Diese gigantische Kundgebung gibt der Welt den Beweis. ...<<

Ernst von Weizsäcker schreibt damals über den italienischen Staatschef Mussolini (x032/389): >>... Mussolini ist ein vollsaftiger, übersprudelnder Diktator. Ihn anzusehen macht vernünftig.<<

#### September 1937

**NS-Regime:** Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg (1902-1944, 1937-39 stellvertretender Polizeipräsident von Berlin, 1939/40 stellvertretender Oberpräsident der Provinz Schlesien, wegen Verbindung zum militärischen Widerstand zum Tod verurteilt und hingerichtet) berichtet im September 1937 über die Probleme der deutschen Beamten (x058/350-351):

>>a) Die sachliche klare Aufgabe des Beamtentums und des einzelnen Beamten geht immer mehr verloren. ... Dem Beamtentum und dem einzelnen Beamten fehlt sowohl die klare Weisung seitens des Staates wie die sachliche Deckung bei Handeln nach seinen Gesetzen. Der Beamte steht oft allein und ohne Schutz.

b) Politisch ist das Beamtentum bereits seit 1933 vier Jahre hindurch politisch bereinigt. Von 1.600 höheren Beamten der preußischen inneren Verwaltung sind etwa 400 ausgeschieden. Es sind darüber hinaus etwa 750 junge Assessoren und Referendare eingestellt, zu 75 % alte Parteigenossen, zum großen Teil alte Kämpfer. Trotzdem ist das Beamtentum noch immer einer politischen Sonderbehandlung ausgesetzt.

Obwohl es seit der Machtübernahme entscheidende Verdienste im Neuaufbau erworben hat,

wird es öffentlich als "Bürokratie" lächerlich gemacht, zu einem mechanischen Apparat ohne Führer- und Gemeinschaftsaufgabe und –kraft herabgewürdigt, als volksfern, ja als treulos verschrien, ohne daß sich irgend jemand fände, der diese Herabsetzungen der staatstragenden Schicht amtlich zurückwies.

Der Beamte, vor allem der führende, ist dazu in seiner Arbeit Angriffen ausgesetzt, die sich tatsächlich gegen den Staat als solchen richten; kommt es dabei zu Auseinandersetzungen, wird er regelmäßig politisch nicht gedeckt, sondern fallen gelassen, auch wenn er nur seine Pflicht tut. Politisch steht er trotz Bereinigung und personellem Neuaufbau unter Sonderkontrolle. Auf dem Wege über die politische Zuverlässigkeitserklärung wird er von außenstehenden Personen begutachtet, die oft ohne Gefühl für Staat und Autorität, Wesen und Wert seiner Arbeit nicht beurteilen können.<<

**CSR:** Der Deutschlandbericht der SPD informiert im September 1937 über die häufige Verhängung der Todesstrafe durch das NS-Regime (x050/149): >>Wie bereits nach dem nationalsozialistischen Verfassungsentwurf von 1923 zu erwarten war, ist nach dem neuen Strafgesetzentwurf die Todesstrafe außerordentlich häufig, besonders bei politischen Straftaten, angedroht. Sie ist für folgende Fälle vorgesehen:

Verrat an der Reichshoheit, Verrat an der Grundordnung des deutschen Volkes, Verrat am Führer des deutschen Volkes, Vorbereitung zum Hochverrat besonders gefährlicher Art, Verrat von Staatsgeheimnissen, verräterische Waffenhilfe, verräterische Begünstigung des Feindes, verräterische Untreue, besonders schwere Wehrmittelbeschädigung, Kindesraub, besonders schwere Brandstiftung, der Verursachung einer Explosion, gefährlicher Sprengstoffbesitz, Herbeiführung einer Überschwemmung, Brunnen- und Luftvergiftung und Transportgefährdung, Mord, Notzucht und Raub mit Todesfolge.<<

#### **05.10.1937**

**USA:** In der berühmten "Quarantänerede" kritisiert US-Präsident Roosevelt am 5. Oktober 1937 in Chicago erstmalig die aggressive Außenpolitik Japans, Italiens und Deutschlands (x069/168): >>... Ohne Kriegserklärung, ohne irgendwelche Warnung, ohne irgendwelche Berechtigung wird die Zivilbevölkerung, einschließlich der Frauen und Kinder, rücksichtslos durch Luftbombardements hingemordet.

In sogenannten Friedenszeiten werden ohne Anlaß oder Warnung Schiffe von U-Booten angegriffen. Völker schüren den Bürgerkrieg und ergreifen Partei in fremden Ländern, die ihnen nie etwas zuleide getan haben. Völker, die für sich selber die Freiheit fordern, verweigern sie anderen.

Wenn so etwas in anderen Gegenden der Welt passiert, dann soll sich niemand einbilden, daß (er) Amerika entrinnen werde, daß er Pardon erwarten dürfe, daß die westliche Hemisphäre keinen Angriff zu befürchten habe.

Es scheint leider zuzutreffen, daß die Epidemie der allgemeinen Gesetzlosigkeit immer mehr um sich greift. Wenn eine ansteckende Krankheit sich zu verbreiten beginnt, verordnet die Gemeinschaft eine Quarantäne für die Kranken, um die Gesundheit vor der Epidemie zu schützen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über US-Präsident Roosevelt (x068/229-232): >>Franklin Delano Roosevelt (1933-1945), viel bewundert und viel verdammt, prägte und bestimmte ohne Zweifel die wichtigste Epoche der USA im 20. Jahrhundert.

Aus reichen Verhältnissen stammend, hatte Roosevelt ein Jurastudium an der Columbia Universität in New York absolviert. Seine Bildung aber blieb zeitlebens recht begrenzt. Eher amüslich, las er am liebsten Krimis und Seefahrerbücher, er segelte gern und sammelte Briefmarken.

Doch seine Intelligenz, sein Humor, sein Charme, sein (falls dies ein Vorzug ist) Optimismus

waren beträchtlich, ebenso sein stupend (verblüffend) kaschierter Ehrgeiz und seine Energie - obwohl oder vielleicht gerade weil ihn eine spinale Kinderlähmung seit 1921 an den Rollstuhl gefesselt hat.

Es gehörte zum politischen Charisma des Präsidenten, daß er, von Natur aus wohl humanitär gesinnt, vielleicht sogar warmherzig, rasch Kontakt zu Menschen jeder Herkunft fand und geschickt mit ihnen umging, mochte sein berühmtes, jederzeit wie durch Knopfdruck erzeugbares Lächeln auch nicht selten etwas erzwungen wirken, überhaupt er selbst noch seiner nächsten Umgebung ein Rätsel sein. Henry Morgenthau jr., einem seiner Vertrauten, erschien es "außerordentlich schwierig", ihn zu beschreiben.

Er schildert Roosevelt als "rüstig und abgespannt, leichtfertig und ernst, scheu und offenherzig". Für Arbeitsministerin Frances Perkins, seine Mitarbeiterin schon während der Gouverneurszeit im Staat New York, war er der komplizierteste Mensch, den sie je gekannt. Und Robert Sherwood, der Dramatiker, der manchmal des Präsidenten Reden schrieb (viermal den Pulitzerpreis erhielt, dreimal während Roosevelts Amtszeit), konnte nie durchschauen, was dieser "sein von dichten Wäldern verborgenes Inneres" nannte.

Roosevelt, ein ziemlich untheoretischer, ideologiefreier Typ, aufgeschlossen für praktische Aufgaben, zupackend, wendig, war unter allen US-Präsidenten einer der besten Kenner des Parteiapparates; nicht frei von Opportunismus, noch weniger von - wenn auch verborgenem - Machthunger, eher kompromiß- als kampfbereit, eher intuitiv als kühl kalkulierend.

Als Mann sowohl plötzlicher Entschlüsse wie sich hinschleppender Ausweichmanöver konnte er ebenso schnell entscheiden wie, schien ihm etwas nicht spruchreif, geduldig warten. Er konnte ebenso unerbittlich sein wie versiert taktieren. Und wenn er sich auch gewiß für fehlbar hielt, ließ er sich doch nicht lenken, liebte es vielmehr, Thesen und Temperamente, ganze Ressorts, gegeneinander auszuspielen.

Roosevelt wurde 1911 demokratischer Senator, 1913 Unterstaatssekretär im Marineministerium, 1928 Gouverneur des Staates New York. 1932 errang er mit eiserner Energie einen Wahlsieg über seinen Vorgänger, den Republikaner Hoover, um dann, beispiellos in der Geschichte der USA, noch weitere drei Male zum Präsidenten gewählt zu werden.

Roosevelt hatte die Regierung der Staaten in deren heruntergekommenstem Zustand übernommen. Es gab 14 Millionen Arbeitslose (jeder vierte US-Bürger). Auch die Farmer rebellierten. Hunderte von Provinzsparkassen waren geschlossen, die großen Wallstreet-Banken durch Milliardenkredite ans Ausland, vor allem an Deutschland und Lateinamerika, unsicher geworden. "Wir sind am Ende unserer Kunst", lamentierte Hoover schließlich, "wir können nichts mehr machen".

Roosevelt aber verstand es, dem Volk die Angst auszureden, ihm wieder Mut zu machen, auch durch Versprechungen, die er zum Teil sogar hielt, eine ganz ungewöhnliche Haltung, weltweit. Sein unerschütterliches Vertrauen, sein Sendungsglaube, strahlte auf Millionen Amerikaner aus, steckte ein ganzes Volk an, für das er immerhin einige, freilich nur allzu nötige soziale Reformen in die Wege geleitet hat.

Der neue Präsident, der die Nation bald zu seinem jovialen "Kamingeplauder" ("Fireside Chat") sozusagen ins Weiße Haus einlud, wobei er viele für sich gewann, nannte sein Programm einen New Deal, eine Neuverteilung der Karten, der Chancen, Einkommen. - Dieser New Deal war alles andere als ein geschlossenes System, sondern eine Fülle von rasch begonnenen Reformen zur Behebung der schweren Wirtschaftskrise. In der ersten Phase (1933/34) erstrebte er vor allem eine finanzielle Sanierung, in der zweiten Phase (1935) wandte er sich vorwiegend der Sozialreform zu, wobei die Hauptbegünstigten besonders Arbeiter und kleinere Farmer waren.

Roosevelt führte die erste umfassende Arbeitslosenunterstützung in den USA ein. Er suchte überhaupt weiten Kreisen eine gewisse materielle Verbesserung ihres Lebens zu bringen,

suchte aber auch die ethnischen, rassischen und religiösen Minderheiten in die Gesellschaft zu integrieren. Nicht zuletzt mühte er sich, die ungeheure Arbeitslosigkeit durch staatliche Beschäftigungsprogramme einzudämmen.

Er tat damit das gleiche wie Hitler in Deutschland. Und wie Hitler, so gelang auch Roosevelt die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit erst durch eine enorme Aufrüstung, die vor allem seit 1939 anliefe. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme durch Straßenbau, Flußregulierungen, Wiederaufforstung, Nationalparksanlagen etc. reichten zur entscheidenden Reduzierung der Arbeitslosigkeit nicht aus.

Roosevelts Wirtschaftskurs freilich erschien vielen Betroffenen zu dirigistisch. Überhaupt war er bei der Geschäftswelt verhaßt, weil er, der vielfache Millionär, sofort die Macht der Privatwirtschaft zu beschränken suchte. Und wohl am unbeliebtesten bei ihr machte ihn seine Steuerpolitik, die sogenannte Reichtums-Steuer, obwohl sie dann, wen wundert's, recht glimpflich verlief, und die Finanzgesetze Mitte der dreißiger Jahre nicht die geringste Umgestaltung der Besitzverhältnisse brachten.

Gleichwohl trank man in der Wallstreet Champagner, als die Nachricht von seinem Tod eintraf, zumal ihm viele noch lange auch einen "Ruck nach links" ankreideten, vom "Roten im Weißen Haus" sprachen, einem "Verräter seiner Klasse". Doch war er nichts als ein fortschrittlicher Konservativer, ein Mann mit einer heillosen Sehnsucht "nach dem Zeitalter der Postkutsche, von dem er in der Öffentlichkeit mit Geringschätzung sprach".

Im Grunde paßte sich Roosevelt nur an das soziale Klima der dreißiger Jahre locker an - mit einer allerdings deutlich antimonopolistischen Tendenz. Immerhin nahm die übergewaltige Macht des Big Business leicht ab, wurden bereits in wenigen Jahren große Kartelle zerschlagen, auch verbesserten sich die Einkommensverhältnisse breiterer Kreise. Die Arbeitslosenziffer sank zunächst auf rund 6 Millionen, und die Gewerkschaften gewannen nach langem wieder an Bedeutung.

Schon im Sommer 1937 traten jedoch neue wirtschaftliche Schwierigkeiten auf. Es kam plötzlich zu einer scharfen Rezession. Die Preise verfielen, die Kurse sackten wieder ab, die Umsätze stürzten bis zum Jahresende gar um 27 %, die Arbeitslosenziffer aber schnellte um rund zwei Millionen hoch und blieb auch bis zum Beginn des Weltkriegs bei acht bis zehn Millionen. Denn so lange steckten die USA noch immer in der Wirtschaftskrise. "Alle Anzeichen einer neuen Panik machten sich bemerkbar" (Angermann).

Erst der Krieg wurde Roosevelts Retter. Erst in der Mitte des Krieges, 1942, war das Arbeitslosenproblem gelöst; in den USA herrschte Vollbeschäftigung.

Dennoch hatte man sich damit bewußt wieder in eben jenen Zustand hineinmanövriert, der schon in und nach dem Ersten Weltkrieg einer verschwindenden Clique gigantische Vermögen gebracht und Massen von Menschen Not und Tod.<<

#### **10.10. 1937**

**Großbritannien:** Sir Winston S. Churchill (1874-1965, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) schreibt am 10. Oktober 1937 in der Zeitung "News of the World" (x172/86): >>... Es wäre dumm von den Briten, Mussolinis welthistorischen Rang zu unterschätzen oder die erstaunlichen Charaktereigenschaften Mut, Verstand, Selbstbeherrschung und Ausdauer, für die er beispielhaft steht.<<

#### **17.10.1937**

**USA:** Joseph C. Hyman (Leiter einer jüdischen Hilfsorganisation) ruft am 17. Oktober 1937 während einer Veranstaltung in Pittsburgh zur Rettung der europäischen Juden auf (x172/87): >>... Es ist eine Frage von Leben und Tod, sofort Mittel zu schicken, um unsere Leute so bald wie möglich aus Deutschland herauszuholen. ...

In Polen ist die jüdische Bevölkerung von mehr als 3.000.000 Seelen zwar nominell durch die Verfassung und das öffentliche Recht geschützt, wird jedoch nur allzuoft von Pogromen,

Übergriffen und Boykotten; nur allzu oft Objekt einer starken und zielgerichteten Propaganda mit dem Leitmotiv "Juden raus"! ...

(In Rumänien) nimmt der Antisemitismus eine Brutalität und Gehässigkeit in Wort und Tat an, die einen Vergleich mit Nazideutschland rechtfertigen.<<

**05.11.1937**

**NS-Regime:** Während einer Geheimrede vor dem Außen- und Kriegsminister sowie den Oberbefehlshabern der deutschen Wehrmacht erläutert Hitler am 5. November 1937 erstmalig seine Kriegspläne

In der sogenannten "Hoßbach-Niederschrift" vom 5. November 1937 heißt es (x149/90): >>... Das Ziel der deutschen Politik sei die Sicherung und Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung, somit handle es sich um das Problem des Raumes. ... Die deutsche Zukunft sei daher ausschließlich durch die Lösung der Raumnot bedingt. ... Daß jede Raumerweiterung nur durch Brechen von Widerstand und unter Risiko vor sich gehen könne, habe die Geschichte aller Zeiten – Römisches Reich, Englisches Empire – bewiesen.

Auch Rückschläge seien unvermeidbar. Weder früher noch heute habe es herrenlosen Raum gegeben, der Angreifer stoße stets auf den Besitzer. Für Deutschland lautet die Frage, wo größter Gewinn unter geringstem Einsatz zu erreichen sei. ... Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Hoßbach-Niederschrift" (x051/272): >>Hoßbach-Niederschrift, von Hitlers Wehrmichtsadjutant Oberst Hoßbach aus eigenem Entschluß angefertigtes Protokoll über eine Besprechung bei Hitler in der Reichskanzlei am 5.11.37; Teilnehmer: Hitler, Reichsaußenminister Neurath, Reichskriegsminister Blomberg sowie die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtteile, Fritsch, Raeder, Göring, und Hoßbach.

Die Hoßbach-Niederschrift wurde am 10.11.37 unterzeichnet und von Blomberg, der sie als einziger Gesprächsteilnehmer sah, zu den Akten genommen; eine Abschrift von 1943/44 spielte im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher eine umstrittene Hauptrolle beim Beweis für den Anklagepunkt Verbrechen gegen den Frieden.

Bei der Besprechung ging es um die kriegerische Lösung der "deutschen Raumfrage", wie sie Hitler schon in "Mein Kampf" dargestellt und am 3.2.33 vor Reichswehrgeneralen wiederholt hatte.

Er skizzierte drei Fälle:

1. Entscheidung spätestens 1943/45, bevor der deutsche Rüstungsvorsprung zusammenschmolzen sei;
2. Vorverlegung des Entschlusses zur "Anwendung von Gewalt unter Risiko" gegen die "Tschechei", falls Frankreich durch innenpolitische Schwierigkeiten hinreichend gelähmt sei;
3. bei Ausbruch eines militärischen Konflikts zwischen Italien und den Westmächten (z.B. um Mittelmeer-Positionen) "blitzartiges" Niederwerfen Österreichs und der Tschechoslowakei schon 1938 zur Ausschaltung der "Flankenbedrohung".

Gegen diese Gewaltpolitik erhoben Blomberg und Fritsch militärische Einwände, der Außenminister war nach eigener Aussage "erschüttert" und Marinechef Raeder verwies auf die ungenügende Seerüstung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Hitler hielt aber unbeirrt an dem in der Hoßbach-Niederschrift niedergelegten Programm fest und schaltete die militärischen Hauptopponenten in der Fritsch-Krise aus, in deren Folge auch Neurath sein Ministeramt verlor.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Friedrich Hoßbach (x051/272): >>Hoßbach, Friedrich, geboren in Unna 21.11.1894, gestorben in Göttingen 10.9.1980, deutscher General der Infanterie (1.11.43); 1913 zum preußischen Heer, 1920 Reichswehroffizier. Hoßbach wurde am 3.8.34 Abteilungsleiter im Personalamt des Heeres und damit Adjutant

der Wehrmacht bei Hitler.

Er fertigte am 5.11.37 die sogenannte Hoßbach-Niederschrift über eine Besprechung Hitlers mit politischen und militärischen Führern an, in der erstmals klar die offensiven militärischen Absichten Hitlers zum Ausdruck kamen. Wegen seiner Proteste gegen das Vorgehen Hitlers in der Fritsch-Krise mußte Hoßbach am 28.1.38 den Posten wechseln, führte im Rußlandfeldzug verschiedene Infanteriedivisionen und verteidigte ab Oktober 44 mit der 4. Armee Ostpreußen.

Wegen eigenmächtigen Handelns wurde er am 28.1.45 entlassen. Hoßbach schrieb nach dem Krieg Erinnerungen: u.a. "Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934-1938" (1949), "Die Schlacht um Ostpreußen" (1953).<<

### **15.11.1937**

**Polen:** Infolge der sowjetischen "Säuberungsaktionen" nähert sich Polen dem NS-Regime (Abkommen über Minderheitenschutz vom 15. November 1937).

### **26.11.1937**

**Deutsches Reich:** Evangelische Pastoren halten am 26. November 1937 Bittgottesdienste, um gegen die Verhaftung von Gemeindemitgliedern zu protestieren.

### **November 1937**

**Großbritannien:** Edward W. Halifax (1881-1959, von 1925-31 Vizekönig von Indien, 1938-40 britischer Außenminister) erklärt im November 1937 während einer Unterhaltung mit Hitler (x073/176): >>Er und andere Mitglieder der Regierung (seien) davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne. ...<<

### **05.12.1937**

**Großbritannien:** Der britische Politiker Edward W. Halifax (1881-1959) berichtet am 5. Dezember 1937 über ein Treffen mit Hitler (x172/89-90): >>... Ich fand alles, was er erzählte, furchtbar spannend und wollte ihn gar nicht gehen lassen.<<

### **07.12.1937**

**China:** Japanische Flugzeuge werfen am 7. Dezember 1937 Flugblätter über der chinesischen Stadt Nanking ab (x172/90): >>... Wir haben die Stadt Nanking eingeschlossen. Wenn eure Truppen die Kämpfe fortsetzen, kommt der Krieg unweigerlich nach Nanking. Die jahrtausendealte Kultur wird zu Asche zerfallen und die Regierung, die ein Jahrzehnt überdauert hat, wird sich in Luft auflösen.<<

Da die chinesischen Truppen nicht kapitulieren, besetzen japanische Truppen im Dezember 1937 gewaltsam die chinesische Stadt Nanking. In den ersten 6 Wochen der japanischen Besetzung ereignen sich in Nanking schwere Massenverbrechen, die von der japanischen Armeeführung nicht verhindert werden. Bei diesen furchtbaren Massenverbrechen werden nahezu 80.000 Frauen vergewaltigt und etwa 300.000 Menschen ermordet (x087/141).

### **1937**

**NS-Regime:** Im Jahre 1937 steigert das NS-Regime den Terror gegen vermeintliche "Staatsfeinde".

Verhaftungen und Hinrichtungen schwächen die deutschen Widerstandsgruppen immer mehr. Das NS-Regime beteiligt sich außerdem tatkräftig an Stalins "Säuberungen". Heydrich (NS-Chef der SIPO und des SD) liefert den Sowjets z.T. gefälschte Dokumente über deutsche Kommunisten, die sich in der UdSSR aufhalten. Heinz Neumann, Karl Radek, Hermann Remmele, Fritz Schulte, Hermann Schubert und andere KPD-Funktionäre werden vermutlich aufgrund dieser "NS-Amtshilfe" im Jahre 1937 liquidiert.

Ein Kommunist berichtet später über die Zeit nach seiner Entlassung aus dem Kölner Zucht-

haus im Jahre 1937 (x067/134): >>Es hat ein Jahr gedauert, bis ich Kontakt hatte. In diesem ganzen Jahr habe ich dann feststellen können, der Widerstand war sehr zusammengeschrumpft, die Opfer waren riesig. Also, es war nicht mehr der Widerstand, der im Jahre 1933/34 ein großer massiver Widerstand gewesen war. Durch die Verluste, die die Partei erlitten hatte, ... war der Widerstand verhältnismäßig klein geworden. ...

Es kam ja nicht mehr darauf an, daß eine Partei ihre politischen Ziele verwirklichen konnte, meinetwegen wir als Kommunisten ein sozialistisches Deutschland, die "Sozialistische Republik", wie unsere Zeitung hieß, oder die Sozialdemokraten oder die Katholiken, sondern es kam darauf an, den Hitlerfaschismus zu beseitigen, die Kriegsgefahr zu verhindern. Später sogar dem Krieg ein schnelles Ende zu machen. ...<<

Bis 1937/38 löst die SS alle "wilden Lager" auf und interniert die Häftlinge in neuen Konzentrationslagern (KZ), wie z.B. in Sachsenhausen und Buchenwald.

Heinrich Himmler (seit 1936 Chef der gesamten deutschen Polizei) erläutert im Jahre 1937 die Aufgaben und den militärischen Aufbau der Polizei (x058/356): >>Die nationalsozialistische Polizei leitet ihre Befugnisse zum Vollzug des Willens der Staatsführung und zur Sicherung des Volkes und des Staates nicht aus Einzelgesetzen, sondern aus der Wirklichkeit des nationalsozialistischen Führerstaates und aus den ihr von der Führung gestellten Aufgaben her.

Ihre Befugnisse dürfen deshalb nicht durch formale Schranken gehemmt werden, weil diese Schranken sonst auch den Aufträgen der Staatsführung entgegenstünden. ... Wie die Wehrmacht kann die Polizei nur nach Befehlen der Führung und nicht nach Gesetzen tätig werden. Wie der Wehrmacht werden der Polizei durch die Befehle der Führung und durch die eigene Disziplin die Schranken des Handelns bestimmt.<<

Im Jahr 1937 verlassen 7.155 Juden ihr Heimatland Deutschland (x032/411).

**CSR:** Die sudetendeutsche SDP (Henlein) fordert ab 1937/38 den Anschluß an das Deutsche Reich.

**UdSSR:** Im Verlauf der großangelegten "Säuberungsaktionen" und der öffentlichen Schauprozesse ("Prozeß der 17") fallen dem radikalen Stalinismus im Jahre 1937 wieder viele Unschuldige zum Opfer.

Ein Zeitzeuge berichtet über die Folgen der "Säuberungsaktionen" im Jahre 1937 (x073/62):

>>... Man merkte den Lehrern in der Schule, den Pädagogen im Heim, ja sogar den Referenten der Komintern bei ihren Besuchen die ständige Angst an, in der sie lebten. Diejenigen, die noch nicht verhaftet worden waren – sie nannten sich selbst manchmal die "Übriggebliebenen" -, verhielten sich unterschiedlich.

Die meisten waren von einer ständigen Angstpsychose befallen; sie liefen wie gehetztes Wild umher, immer darauf bedacht, nur ja das Richtige zu tun, um einer Verhaftung zu entgehen.

Aber was war das "Richtige"?

"Am wichtigsten ist es jetzt, möglichst überhaupt nichts zu sagen, vor allem keine politische Äußerung zu tun. Selbst wenn es noch so linientreu ist. Schweigen, Schweigen und nochmals Schweigen, das ist das Gebot der Stunde", meinten die einen.

"Es gibt nichts Gefährlicheres, als schweigend umherzulaufen, denn dadurch erweckt man den Anschein, geheime Gedanken zu haben und überhaupt ein Volksfeind zu sein. Gerade in der heutigen Situation ist es besonders wichtig, aktiv zu wirken und täglich im Sinne der Prawda zu allen Fragen klar seine Meinung zu äußern", meinten die anderen.<<

Der nordamerikanische Historiker Joel Carmichael (1915-2006) berichtet später über Stalins Massenterror im Jahre 1937 (x243/137): >>... Die Verfolgung jedoch, die nun in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 begann, nahm in jeder Hinsicht phantastische Ausmaße an.

Es wurden auch Menschen davon betroffen, die niemals Mitglieder einer politischen Partei gewesen waren. ... Monatelang schien die politische Polizei 24 Stunden am Tag zu arbeiten:

In den Städten und auf dem Lande riß sie Menschen aus den Häusern, Werkstätten, Laboratorien, Fabriken, Universitäten, Kasernen und Regierungsbüros.

Nicht eine Wirtschaftsbranche, nicht eine Berufsgruppe blieb verschont: Bauern, Arbeiter, Funktionäre, Fachleute, Intellektuelle, Künstler, Offiziere – alle wurden in dieselben Zellen gesperrt. ...

Die große Säuberung führte praktisch zur Beseitigung aller führenden Persönlichkeiten in buchstäblich allen Fabriken, Eisenbahnstationen, Schulen und schulischen Einrichtungen, wobei die Kollektivwirtschaften, Regierungsstellen und die Armeehierarchie noch nicht berücksichtigt sind. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Lion Feuchtwanger (1884-1958, emigriert 1933 nach Frankreich und flieht 1940 in die USA) schwärmt im Jahre 1937 von Stalins öffentlichen Reden in Moskau (x080/201): >>Er ist ganz sicher nicht das, was man einen großen Redner nennen würde. Seine Argumente kommen langsam: Sie wenden sich an den gesunden Hausverstand von Menschen, die eine Sache sorgfältig, aber nicht schnell erfassen. Doch vor allem hat Stalin einen Sinn für Humor, den plötzlich aufleuchtenden, schlitzohrigen, zuweilen gemütlichen, häufig grausamen Sinn für (den) Humor eines Bauern ...

Wenn Stalin mit seinem wissenden, ruhigen Lächeln spricht und mit seinem Zeigefinger deutet, dann erzeugt er damit nicht wie andere Redner eine Kluft zwischen sich und dem Publikum; er steht nicht gebieterisch auf der Bühne, während sie unter ihm sitzen, sondern innerhalb kurzer Zeit bildet sich zwischen ihm und seinen Zuhörern ein Bündnis, eine Intimität. Da sie aus demselben Stoff sind wie er, sind sie für seine Argumente empfänglich, und beide lachen fröhlich über dieselben einfachen Geschichten. ...<<

**Spanien:** Im Verlauf des Spanischen Bürgerkrieges gewinnen die anfangs schwachen Kommunisten 1937 immer mehr Einfluß in Spanien, da die Komintern (Kommunistische Internationale) überall ihre Truppenkommandeure und Politiker durchsetzen kann.

Ab 1937 beginnt in Spanien der Kampf der stalinistisch-kommunistischen Gruppen gegen Anarchisten, Troztkisten und andere politische Gegner um die ideologische Vorherrschaft im republikanischen Lager (stalinistische Säuberungen: Verhaftungen und Hinrichtungen nach dem Vorbild der gleichzeitig in Moskau stattfindenden Schauprozesse).

Stalin setzt ein Heer von politischen Agitatoren, Geheimagenten und sowjetischen Militärberatern in Spanien ein, um die republikanische Regierung und ihre militärischen Verbände zu kontrollieren. Eine spezielle spanische Sektion der NKWD (sowjetische Geheimpolizei von 1934-1946) führt während des spanischen Bürgerkrieges (1936-1939) systematische Fahndungsaktionen nach Troztkisten und sonstigen Regimefeinden durch (x128/50-51).

## 1938

Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.
--------------------------------------------------------------------------------------------------

<i>Moliere, eigentlich Jean B. Poquelin (1622-1673, französischer Dichter und Schauspieler)</i>
-------------------------------------------------------------------------------------------------

### 03.01.1938

**Deutsches Reich:** Katholische Bischöfe und Pfarrer fordern am 3. Januar 1938 unbeschränkte Glaubensfreiheit und protestieren gegen Judenverfolgungen.

### 05.01.1938

**NS-Regime:** Alle Juden aus der Sowjetunion werden am 5. Januar 1938 aufgefordert, Deutschland innerhalb von 10 Tagen zu verlassen.

### 21.01.1938

**USA:** Die "New York Times" veröffentlicht am 21. Januar 1938 eine Stellungnahme des rumänischen Ministers Alexander Cuza (x172/92): >>... Es ist Sache der ganzen Welt, eine Bleibe für die Juden der Welt zu finden. Madagaskar scheint ein geeigneter Ort zu sein.<<



## **25.01.1938**

**NS-Regime:** Gemäß Erlaß vom 25. Januar 1938 werden die NS-Schutzhaftrichtlinien ergänzt (x032/418): >>... § 1 Die Schutzhaft kann als Zwangsmaßnahme der Geheimen Staatspolizei zur Abwehr aller volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen gegen Personen angeordnet werden, die durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates gefährden. ...<<

## **26.01.1938**

**NS-Regime:** Hitler teilt Generaloberst Fritsch (Oberbefehlshaber des Heeres) am 26. Januar 1938 während einer persönlichen Unterhaltung mit, daß man ihm homosexuelle Verfehlungen vorwerfen würde.

## **Januar 1938**

**NS-Regime:** Ein NS-Gauleiter macht sich im Januar 1938 über die fehlende Widerstandskraft der kirchlichen Vertreter lustig (x032/414): >>... So sind die Pfarrer alle, man muß nur ein bißchen mit der Haft drohen und mit dem KZ-Schlüssel rappeln, da werden sie kusch und schweigen. ...<<

**UdSSR, Polen:** Nach der Hinrichtung von polnischen KP-Führern (in der UdSSR im Jahre 1937) löst die Komintern Anfang 1938 die gesamte polnische KP (ca. 40.000 Mitglieder) auf, weil sie angeblich von Pilsudskis Spionen durchsetzt gewesen sein soll (x064/130).

## **04.02.1938**

**NS-Regime:** Reichskriegsminister von Blomberg, Generaloberst Fritsch (Oberbefehlshaber des Heeres) und konservative Außenpolitiker, die Hitlers Kriegspläne entschieden ablehnen, werden am 4. Februar 1938 unter unwürdigen Begleitumständen entlassen und müssen ihre Posten kurzfristig räumen.

Hitler übernimmt danach am 4. Februar 1938 selbst die Führung der gesamten deutschen Wehrmacht, ernennt General Keitel zum Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, General von Brauchitsch zum Oberbefehlshaber des Heeres und Göring zum Oberbefehlshaber der Luftwaffe (x092/893).

Zahlreiche kriegserfahrene Männer der ruhmreichsten deutschen Offiziersfamilien fallen anschließend Intrigen zum Opfer und werden öffentlich gedemütigt. Im Jahre 1938 werden allein 16 führende Generäle "aus Gesundheitsgründen und anderen fingierten Vorwänden" entlassen, denn der preußische Militarismus besitzt nie, die ihm nachgesagte "angeborene Kriegslust" und die deutschen Wehrmachtsoffiziere sind auch mehrheitlich keine "kriegslüsternten Bestien". Obgleich Hitler seit 1938 jede Gelegenheit planmäßig und zielstrebig nutzt, Gegner und Kritiker innerhalb der Wehrmacht zu beseitigen, gelingt es der NSDAP nicht, alle wesentlichen Spitzenpositionen der Wehrmacht zu kontrollieren.

Hitler beklagt später die fehlende Aggressivität seiner Generäle (x025/141): >>Als ich noch nicht Reichskanzler war, habe ich geglaubt, der Generalstab gleiche einem Fleischerhund, den man fest am Halsband halten müsse, weil er sonst jeden Menschen anzufallen drohe.

Nachdem ich Reichskanzler wurde, habe ich feststellen müssen, daß der deutsche Generalstab alles andere als ein Fleischerhund ist. Der Generalstab hat mich immer hindern wollen, das zu tun, was ich für nötig hielt. Der Generalstab hat der Aufrüstung, der Rheinlandbesetzung, dem Einmarsch in Österreich, der Besetzung der Tschechei und schließlich dem Krieg gegen Polen widersprochen. Der Generalstab hat mir abgeraten, gegen Frankreich offensiv vorzugehen und gegen Rußland Krieg zu führen ...

Die muß man ja in den Krieg hineinprügeln!<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Fritsch-Krise" (x051/195-196): >>Fritsch-Krise (Blomberg-Fritsch-Krise), Doppelintrige Görings und Heydrichs gegen die militärische Spitze der Wehrmacht im Januar/Februar 38.

Reichskriegsminister Blomberg und der Oberbefehlshaber des Heeres W. von Fritsch hatten

mit Warnungen vor einem Kriegskurs am 5.11.37 (Hoßbach-Niederschrift) Hitlers ohnehin schlechte Meinung von der zaudernden Generalität bestätigt. Zur Entlassung Blombergs fand er rasch einen Vorwand: Der geschiedene Generalfeldmarschall hatte sich mit einer nicht standesgemäßen Frau verlobt und war von Göring zur Eheschließung ermuntert worden, da mit überlebten gesellschaftlichen Vorurteilen aufgeräumt werden müsse. Hitler und er fungierten daher am 12.1.38 als Blombergs Trauzeugen.

Wenige Tage später wurde bekannt, daß Frau Blomberg nicht nur nicht standesgemäß, sondern wegen Prostitutionsvergangenheit nicht tragbar und das Staatsoberhaupt Hitler durch die Trauungsteilnahme desavouiert war. Blomberg mußte am 27.1. den Abschied einreichen.

Fritsch wäre der gegebene Nachfolger im Ministeramt gewesen, das aber auch Göring anstrebte. Er präsentierte nun Erkenntnisse der Gestapo, nach denen Fritsch homosexuelle Beziehungen zu einem Strichjungen unterhalten habe und mithin ein Sicherheitsrisiko sei. Fritsch, dessen Ehrenwort Hitler nicht akzeptierte, wurde in der Reichskanzlei dem "Subjekt" Schmid gegenübergestellt. Der "Zeuge" blieb bei der Behauptung intimer Beziehungen zu Fritsch, der am 4.2. entlassen und durch Brauchitsch ersetzt wurde.

Hitler übernahm selbst die Wehrmachtführung über das unter Keitel neu geschaffene Oberkommando der Wehrmacht.

Die völlige Rehabilitierung Fritschs durch ein Ehrengerichtsverfahren unter Vorsitz Görings am 18.3.38 ging im Strudel der Ereignisse um den Anschluß Österreichs unter. Durch den Blomberg-Skandal hatte Hitler die Streitkräfte in den Griff bekommen, die Fritsch-Krise brach dem Offizierskorps moralisch das Rückgrat: Es gab Ehre und Selbstachtung preis, als es den ranghöchsten Soldaten des Reiches widerstandslos zum Opfer einer kriminellen nationalsozialistischen Intrige werden ließ.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Werner von Blomberg (x051/-78): >>Blomberg, Werner von, geboren in Stargard (Pommern) 2.9.1878, gestorben in Nürnberg 14.3.1946, deutscher Generalfeldmarschall (20.4.36) und Politiker; 1897 zum Heer, 1910 Generalstab, 1919/20 im Reichswehrministerium; nach verschiedenen hohen Posten 1929 Befehlshaber im Wehrkreis I (Königsberg).

Am 30.1.33 berief Hitler Blomberg auf Hindenburgs Empfehlung in seine Regierung als Reichswehrminister und fand in ihm einen energischen Befürworter der Aufrüstungspolitik. Blomberg unterstützte Hitler auch bei der Ausschaltung der SA in der sogenannten Röhm-Affäre und setzte nach Hindenburgs Tod (2.8.34) die Vereidigung der Reichswehr auf Hitler durch. Er wurde am 21.5.35 Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der nun sogenannten Wehrmacht, arbeitete mit am Plan zur Rheinlandbesetzung und erhielt danach den Marschallstab.

Blomberg, dessen Willfährigkeit Hitler gegenüber im Offizierskorps Unmut hervorrief, versuchte 1937 schwache Proteste gegen Hitlers Kriegspolitik, blieb aber bedingungslos loyal. Das half ihm nicht, als seine nicht standesgemäße Heirat (12.1.38) mit einer, wie erst danach bekannt wurde, Prostituierten seinen Gegnern Göring und Himmler den Vorwand zu seinem Sturz lieferte. Im Gegenzug empfahl Blomberg Hitler vor seiner Entlassung (4.2.38), selbst den Oberbefehl über die Wehrmacht zu übernehmen, was dann auch geschah und im Zuge der parallel laufenden Fritsch-Krise die Streitkräfte endgültig unter Parteikontrolle brachte.

Blomberg wurde nach dem Krieg als Zeuge von US-Truppen inhaftiert und starb im Gefängnis.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Werner Freiherr von Fritsch (x051/195): >>Fritsch, Werner Freiherr von, geboren in Benrath (heute Düsseldorf) 4.8.1880, gestorben in Praga bei Warschau 22.9.1939, deutscher Generaloberst (1.4.36); 1907-10 Kriegsakademie, im Ersten Weltkrieg Generalstabsstellungen, verschiedene Aufgaben als Vertrauter Seeckts beim Aufbau der Reichswehr, 1.10.32 Generalleutnant.

Am 1.2.34 wurde Fritsch Chef der Heeresleitung (2.5.35 Umbenennung in Oberbefehlshaber des Heeres) und billigte Hitlers Vorgehen gegen die SA bei der sogenannten Röhme-Affäre (30.6.34), die der Reichswehr vorübergehend die Position als einziger Waffenträger der Nation sicherte. Überzeugt von der Notwendigkeit eines Krieges und Befürworter der Aufrüstungspolitik, stemmte sich Fritsch doch gegen das rasante Ausbautempo Hitlers und opponierte am 5.11.37 gegen dessen Gewaltpläne (Hoßbach-Niederschrift).

Er wurde daher in der Fritsch-Krise unter dem Vorwurf angeblicher Homosexualität am 4.2.38 gestürzt. Seine Rehabilitierung durch das Reichskriegsgericht im März 38 ging in der Euphorie des Anschlusses Österreichs unter. Fritsch erhielt nur noch die Ehrenstellung als Chef des Artillerieregiments 12 und fiel im Polenfeldzug.<<

### **12.02.1938**

**NS-Regime:** Im Verlauf des Treffens zwischen Hitler und dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg auf dem Obersalzberg droht Hitler am 12. Februar 1938 (x300/147): >>... Ich will Ihnen jetzt noch einmal, zum letztenmal, die Gelegenheit geben, Herr Schuschnigg. Entweder wir kommen zu einer Lösung, oder die Dinge sollen laufen; wir werden dann ja sehen, wie das werden wird.

Am nächsten Sonntag trete ich vor die deutsche Nation; bei meiner Rede vor dem Reichstag muß das deutsche Volk wissen, wie es daran ist.

Überlegen sie es sich gut, Herr Schuschnigg; - ich gebe Ihnen nur mehr Zeit bis heute Nachmittag. Wenn ich Ihnen das sage, dann tun Sie gut daran, mich wörtlich zu nehmen. Ich bluffe nicht. Meine ganze Vergangenheit beweist das zur Genüge. ...<<

### **17.02.1938**

**NS-Regime:** Der österreichische Innenminister Seyß-Inquart führt am 17. Februar 1938 in Berlin vertrauliche Gespräche mit Hitler.

**Österreich:** Am 17. Februar 1938 beginnt die vorzeitige Entlassung von etwa 3.000 inhaftierten Nationalsozialisten.

### **02.03.1938**

**NS-Regime:** Pastor Martin Niemöller wird am 2. März 1938 zu 7 Monaten Haft verurteilt.

Nach seiner Freilassung wird Niemöller später erneut festgenommen und verbringt die nächsten 7 Jahre als "persönlicher Gefangener des Führers" in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau.

Niemöller schreibt später (x103/48): >>Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.

Als die Nazis die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschaftler.

Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Jude.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.<<

### **11.03.1938**

**NS-Regime:** Hitler erteilt am 11. März 1938 den Geheimbefehl, militärische Vorbereitungen für den Einmarsch in Österreich zu treffen, um Österreich mit dem Deutschen Reich zu vereinigen (Befehl: "Unternehmen Otto").

In diesem Geheimbefehl ("Unternehmen Otto") heißt es (x149/90): >>Ich beabsichtige, wenn andere Mittel nicht zum Ziele führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken. ... Es liegt in unserem Interesse, daß das ganze Unternehmen ohne Anwendung von Gewalt in Form eines von der Bevölkerung begrüßten Einmarsches vor sich geht. ... Sollte es aber zum Widerstand kommen, so ist er mit größter Rücksichtslosigkeit zu brechen.<<

**Österreich:** Bundeskanzler Schuschnigg muß am 11. März 1938 wegen eines drohenden Bürgerkrieges zwangsweise zurücktreten.

Nach Schuschniggs Rücktritt wird der österreichische Nationalsozialist Arthur Seyß-Inquart neuer Bundeskanzler und bildet ein nationalsozialistisches Übergangskabinett. Seyß-Inquart ruft danach per Rundfunk die NS-Formation zum Schutz von Ruhe und Ordnung auf.

Mathias Forster schreibt später über Kurt von Schuschnigg (x051/525): >>Schuschnigg, Kurt (Edler von), geboren in Riva/Gardasee 14.12.1897, gestorben in Mutters, Österreich 18.11.1977, Politiker; Studium der Rechtswissenschaften,

1927 für die Christlichsoziale Partei in den Nationalrat gewählt, 1932-34 Justiz-, 1933 zugleich Unterrichtsminister, als Nachfolger von Dollfuß (30.7.34) Bundeskanzler sowie zeitweise Außen- und Verteidigungsminister Österreichs. Schuschnigg sympathisierte mit der großdeutschen Reichsidee, war jedoch ein entschiedener Gegner völkischer und nationalsozialistischer Weltanschauung.

Seine innenpolitischen Maßnahmen gegen die stetig an Einfluß gewinnende nationalsozialistische Bewegung erwiesen sich als ebenso erfolglos wie sein außenpolitischer Kurs, bei dem er sich zunächst auf die Schutzmacht Italien stützte, aber angesichts der Anbahnung der Achse Berlin-Rom gezwungen war, sich mit dem Reich zu arrangieren, um die österreichische Unabhängigkeit zu wahren (Juliabkommen).

Von Hitler unter Druck gesetzt und ohne Rückendeckung Mussolinis stimmte Schuschnigg im Berchtesgadener Diktat (12.2.38) der Aufnahme des österreichischen Hitler-Protégés Seyß-Inquart in das Kabinett zu. Sein Versuch, die Vereinbarung durch eine Volksabstimmung über die österreichische Unabhängigkeit zu unterlaufen, wurde von Hitler zum Anlaß für den deutschen Einmarsch in Österreich (12.3.1938) genommen. Schuschnigg wurde verhaftet und 1941-45 in KZ-Haft gehalten.

In der Nachkriegszeit lehrte er u.a. Geschichte in St. Louis und verfaßte seine Memoiren "Ein Requiem in rot-weiß-rot" (1946) und "Im Kampf gegen Hitler" (1969).<<

Arthur Seyß-Inquart (1892 in Stannern bei Iglau/Mähren geboren) ist von März 1938 bis 1939 Reichsstatthalter der Ostmark (Österreich). Als Reichskommissar der besetzten Niederlande läßt er von 1940-45 das holländische Judentum konsequent vernichten. Seyß-Inquart wird im Mai 1945 von kanadischen Soldaten festgenommen, später als Hauptkriegsverbrecher angeklagt, am 1.10.1946 zum Tod verurteilt und am 16.10.1946 hingerichtet.

### **12.03.1938**

**Österreich:** Bundeskanzler Seyß-Inquart fordert am 12. März 1938 vereinbarungsgemäß die "militärische Hilfe" des NS-Regimes an, um den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu vollziehen.

Der deutsche Einmarsch entwickelt sich schnell zum Triumphzug. Die deutschen Wehrmachtstruppen marschieren damals, ohne auf Widerstand zu stoßen, unter dem Jubel der einheimischen Bevölkerung in Österreich ein.

Der Wiener Rundfunk sendet am 12. März 1938 eine Rede des österreichischen NSDAP-Landesleiters (x191/83): >>... Unser Ziel ist erreicht: Ein Volk, ein Reich, ein Führer! Heil unserem Führer! Heil Hitler!<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Anschlußpolitik des NS-Regimes (x051/26-27): >>(Anschluß) ... Entschieden zu früh aber, obschon nicht ungewollt, kam Hitler der nationalsozialistische Putsch gegen die Regierung Dollfuß am 25.7.34 (Österreich). Mussolini ließ am Brenner italienische Truppen aufziehen und zwang Hitler zu eiliger Distanzierung vom Wiener Putschversuch.

Er zeigte ihm aber auch, daß der Schlüssel zum Anschluß in Rom lag. Italien hatte als einzige Großmacht eine gemeinsame Grenze mit Österreich und mußte zudem von einem Großdeutschland die Rückforderung Südtirols befürchten. Jede Anschlußpolitik war folglich zunächst Italienpolitik, die Hitler bei einem ersten Treffen mit dem Duce im Februar 34 noch nicht recht hatte in Gang bringen können.

Gelegenheit dazu bot ihm indes schon bald die imperialistische Politik des faschistischen Italien: Im Konflikt um Abessinien verpflichtete er sich Mussolini, im Spanischen Bürgerkrieg baute er die freundlichen Beziehungen zur Waffenbrüderschaft aus. Während Frankreich zunehmend mit innenpolitischen Problemen beschäftigt war und England auf Appeasement setzte, konnte Hitler im Rahmen der Achse wieder zu aktiver Anschlußpolitik übergehen. Die mußte zunächst darin bestehen, die Lage der österreichischen Nationalsozialisten zu verbessern, die seit 19.7.33 verboten waren und die Anhaltelager füllten.

Hier bot sich der Hebel für Hitler zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarlands: Am 11.7.36 kam es unter deutschem Druck zum Juliabkommen mit der Regierung Schuschnigg, die aber die Einlösung der darin ausgehandelten Erleichterungen für die Nationalsozialisten schleppend behandelte.

Nach einigen Mahnungen ließ Hitler daher Schuschnigg am 12.2.38 auf den Obersalzberg laden und verlangte ultimativ die Hineinnahme seines Mannes in Wien, A. Seyß-Inquart, als Innenminister in die österreichische Regierung, die Abstimmung der Außenpolitik auf die des Reiches, die Legalisierung der österreichischen NSDAP, eine allgemeine Amnestie u.a.

Im sogenannten Berchtesgadener Diktat akzeptierte Schuschnigg diese und weitere wirtschaftliche und militärische Bedingungen; Bundespräsident Miklas ernannte drei Tage später Seyß-Inquart und lieferte damit die österreichischen Sicherheitsorgane den Nationalsozialisten aus.

In einem verzweifelten letzten Versuch, den Anschluß abzuwenden, beraumte Schuschnigg am 9.3.38 überraschend für den 13. eine Volksabstimmung an für oder gegen ein "freies und deutsches, unabhängiges und soziales, christliches und einiges Österreich".

Unregelmäßigkeiten bei den Wahlvorbereitungen (Heraufsetzung des Wahlalters auf 24 Jahre, fehlende Wählerlisten) und zu kurze Frist beschleunigten aber nun die deutsche Intervention: Hitler forderte am 11.3. die Absetzung der Abstimmung, den Rücktritt Schuschniggs zugunsten Seyß-Inquarts und erklärte, er beabsichtige, "wenn andere Mittel nicht zum Ziel führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken".

Unter "Ziele" verstand er jetzt offen den Anschluß und "andere Mittel" als den Einmarsch zog er auch nach Erfüllung seines Ultimatums - um Mitternacht zum 12.3. berief Miklas nach erheblichem Widerstand Seyß-Inquart zum Kanzler - nicht mehr in Erwägung. In den Morgenstunden des 12.3.38 überschritten Wehrmachtseinheiten nach telefonisch zwischen Göring und Seyß-Inquart vereinbartem Hilfeersuchen der österreichischen Regierung die Grenze.

...<<

### **13.03.1938**

**Österreich:** Das österreichische Parlament löst am 13. März 1938 den Staat Österreich per Gesetz auf und beschließt ein Gesetz über den Reichsanschluß ("Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich"). Österreich ist danach ein Teil des Deutschen Reiches.

Um die Wiedervereinigung zu legitimieren, sollen am 10. April 1938 in Deutschland und Österreich Volksabstimmungen durchgeführt werden.

### **14.03.1938**

**Österreich:** Hitler hält bereits am 14. März 1938 Reden in Linz und Wien. Die Wiener Bevölkerung empfängt Hitler unter dem Geläut aller Glocken mit großer Begeisterung. Zehntausende jubeln Hitler in Wien zu: "Führer, wir danken dir!"

Hitler erklärt damals während einer kurzen Ansprache am Schwarzenbergplatz in Wien zur "Wiedervereinigung Österreichs" mit dem Deutschen Reich (x032/430): >>... Keine Not, keine Drohung und keine Gewalt kann diesen Schwur brechen.<<

Die Wiedervereinigung wird von den begeisterten Österreichern damals ausgelassen gefeiert. In den Bergen verkünden zahllose Freudenfeuer den Anschluß, alle Kirchenglocken läuten. In Österreich muß der Jubel nicht planmäßig organisiert werden, denn die meisten Österreicher feiern den Anschluß und ihren "heimgekehrten Sohn" (Hitler) wirklich.

Der Anschluß ist jedenfalls keine gewaltsame Besetzung oder brutale Unterwerfung eines anderen Staates und Volkes, sondern man verwirklicht eigentlich nur ein widerrechtlich vorenthaltenes Selbstbestimmungsrecht. Viele Katholiken und Sozialisten, die naturgemäß erbitterte Feinde des Nationalsozialismus sind, begrüßen ebenfalls den Anschluß an das Deutsche Reich. Das jahrhundertealte Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen setzt sich überall durch. Auch der Kardinalerzbischof von Wien, seine Bischöfe und auch führende Sozialdemokraten bekennen sich "als Deutsche zum Deutschen Reich" (x076/235).

Hitlers Elternhaus wird später ein berühmter österreichischer Wallfahrtsort.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Anschluß Österreichs (x051/27): >>(Anschluß) ... Am 14.3. verkündete Hitler unter tosendem Jubel auf dem Wiener Heldenplatz "den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich". Gleichzeitig trat das "Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" in Kraft. Österreich, gegliedert in Reichsgaue, hieß nun Ostmark. Die Westmächte ließen es bei papierernen Protesten bewenden.

Es kann kein Zweifel sein, daß bei allen Vorbehalten gegenüber nationalsozialistischen Zahlenangaben das Ergebnis der Volksabstimmung über den Anschluß am 10.4.38 die überwältigende Zustimmung in beiden Ländern spiegelt (offiziell Österreich: 99,75 %, Deutsches Reich: 99,0 %).

Selbst Sozialistenführer Renner begrüßte in klarer Einschätzung der Volksstimmung Hitlers Aktion und stimmte öffentlich mit "Ja", obwohl er die Folgen für die österreichische Sozialdemokratie genau abschätzen konnte.

Der österreichische Episkopat unter Kardinal Innitzer ließ die Kirchen mit Hakenkreuzfahnen schmücken und würdigte "freudig", daß die Nationalsozialisten "auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaus ... Hervorragendes geleistet" hätten, ungeachtet der gleich nach dem Anschluß einsetzenden Verfolgung der politischen Gegner und der Juden. Schon Anfang April 38 wurde das KZ Mauthausen errichtet.<<

### **15.03.1938**

Österreich: Hitler spricht am 15. März 1938 vom Balkon der Wiener Hofburg zur wartenden Volksmenge (x032/430): >>... Ich kann somit in dieser Stunde dem deutschen Volke die größte Vollzugsmeldung meines Lebens abstaten. Als Führer und Kanzler der deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich.<<

### **16.03.1938**

Polen: Polen nutzt das "Österreich-Problem" am 16. März 1938 für ein Ultimatum (bis zum 19.03.1938) an Litauen.

Litauen wird mit diesem Ultimatum schließlich zur Anerkennung der umstrittenen "Wilna-Grenze" gezwungen (x041/95).

### **17.03.1938**

UdSSR: Der sowjetische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, fordert die Westmächte am 17. März 1938 während einer Pressekonferenz in Moskau auf, die NS-Aggressionen einzudämmen (x058/361): >>... An erster Stelle richtet sich eine Drohung gegen die Tschechoslowakei, und es droht die Gefahr eines neuen internationalen Konfliktes, der sich bereits in der alarmierenden Situation, die sich an der polnisch-litauischen Grenze entwickelt hat, abzeichnet.

Die gegenwärtige internationale Lage konfrontiert die friedliebenden Völker und im besonderen die Großmächte mit der Frage der Verantwortung für das zukünftige Schicksal der Völker Europas und anderswo. ...

Die Sowjetunion ist für ihren Teil vorbereitet, an gemeinsamen Aktionen teilzunehmen, deren Reichweite in Verbindung mit der Sowjetunion entschieden werden sollte und deren Ziel es

sein sollte, die weitere Entwicklung der Aggression zu stoppen und die gewachsene Gefahr eines neuen Welt-Blutbads zu beseitigen.

Die sowjetische Regierung ist darauf vorbereitet, sofort zusammen mit anderen Staaten im Völkerbund oder außerhalb mit der Diskussion praktischer Maßnahmen zu beginnen, nach denen die gegenwärtigen Umstände rufen.

Morgen kann es zu spät sein, aber heute ist die Zeit noch nicht vorüber, wenn alle Staaten und besonders die Großmächte einen festen und unzweideutigen Standpunkt einnehmen, was die Probleme der kollektiven Friedenswahrung betrifft.<<

#### **22.03.1938**

**NS-Regime:** Konrad Henlein wird am 22. März 1938 erstmalig von Hitler empfangen.

In dem Besprechungsprotokoll zwischen Hitler und Henlein heißt es (x256/150): >>Der Führer erklärte, daß er beabsichtige, das tschechoslowakische Problem in nicht allzu langer Zeit zu lösen. ... Henlein hat dem Führer gegenüber seine Auffassung folgendermaßen zusammengefaßt: Wir müssen also immer so viel fordern, daß wir nicht zufriedengestellt werden können. Diese Auffassung bejahte der Führer.<<

#### **24.03.1938**

**NS-Regime:** Das KdF-Schiff "Wilhelm Gustloff" startet in Hamburg am 24. März 1938 zur ersten Urlaubsfahrt. An Bord befinden sich erstmals auch 1.000 österreichische Urlauber.

#### **März 1938**

UdSSR: Der französische Botschafter in Moskau schreibt im März 1938 in einem Bericht für die französische Regierung (x149/91): >>Es ist klar, daß die Unternehmungen Hitlers wie Glieder einer Kette ineinandergreifen und daß jedes Glied, indem es sich schließt, ein weiteres erfaßt: Wiederaufrüstung, Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, Wiederbesetzung des Rheinlandes, Anschluß Österreichs.

Ebenso klar ist es, das die bisherige passive Haltung der Westmächte nur dazu angetan ist, Hitler zu ermutigen, seiner Kette weitere Glieder anzufügen, und daß er, wenn überhaupt, so nicht eher einhalten wird, als bis alle deutschsprachigen Bevölkerungsteile in Europa dem Reich einverleibt sind -, es sei denn, daß ihm der Weg dazu verlegt wird.<<

#### **04.04.1938**

**Österreich:** Hitler erklärt am 4. April 1938 während einer Rede im Festsaal des Rathauses in Klagenfurt (x032/437): >>... Wer an Gott glaubt, der muß bekennen: Wenn sich in drei Tagen ein Völkerschicksal wendet, dann ist das Gottesgericht!<<

#### **05.04.1938**

**Österreich:** Hitler wirbt am 5. April 1938 in Innsbruck für die anstehende Volksabstimmung (x032/437): >>... Wenn der 10. April zur Neige geht, dann wird es die ganze Welt wissen: Am 13. März hat ein Mann ein Volk geeint - einen Monat später hat das Volk den Mann bestätigt.<<

#### **07.04.1938**

**Österreich:** Hitler spricht am 7. April 1938 in Linz über seine schönen Jugenderlebnisse. Der Führer erklärt, daß nicht Gewalt den Anschluß Österreichs herbeigeführt habe (x032/438): >>... (sondern) das Herz hat übermächtig nach der deutschen Volksgemeinschaft verlangt!<<

#### **09.04.1938**

**Österreich:** Am 9. April 1938, dem letzten Tag vor der Volksabstimmung, hält Hitler seine Schlußrede in Wien (x032/438): >>... Ich glaube, daß es Gottes Wille war, von hier einen Knaben in das Reich zu schicken, ihn groß werden zu lassen, ihn zum Führer der Nation zu erheben, um es ihm zu ermöglichen, seine Heimat in das Reich hineinzuführen. Mir wurde die Gnade zuteil, am Tage des Verrates meine Heimat in das Reich eingliedern zu können. ... Möge jeder Deutsche sich morgen in Demut verbeugen vor dem Willen des Allmächtigen, der

in wenigen Wochen ein Wunder an uns vollzogen hat. ...<<

**10.04.1938**

NS-Regime, Österreich: Das "Reutlinger Tageblatt berichtet am 10. April 1938 in einer Sonderausgabe über die Volksabstimmungen zum Anschluß Österreichs (x243/52): >>Der Gründer des Großdeutschen Reiches sprach zur Nation – Adolf Hitlers feierlicher Schlußappell – Im Banne eines geschichtlichen Augenblickes. ...

"Deutsches Volk! Steh jetzt auf! Unterschreibe es! Halten es fest in Händen!" –

"Möge jeder Deutsche die Stunde erkennen, sie ermessen und sich in Demut verbeugen vor dem Willen des Allmächtigen, der in wenigen Wochen ein Wunder an uns vollzogen hat!"

...<<

Der Anschluß Österreichs wird am 10. April 1938 durch Volksabstimmungen bestätigt. 99,73 % der Österreicher und 99,08 % der Deutschen sind für den Anschluß und stimmen mit "Ja" (x032/438).

Nach dieser eindeutigen Zustimmung dankt Hitler während einer Ansprache "seinen Österreichern" für die "stolzeste Stunde seines Lebens" (x269/349): >>... Als Führer und Kanzler der deutschen Nation melde ich vor der Geschichte die Heimkehr meiner Heimat in das Deutsche Reich ...<<

Österreich ist nach der Volksabstimmung endgültig eine Provinz des "Großdeutschen Reiches".

Ein Österreicher, der kurz nach dem Anschluß Österreich gefragt wird, wie es ihm denn jetzt im neuen Großdeutschland gefallen würde, antwortet damals: "Na ja, schön ist's schon - aber halt a Strapaz!"

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das Großdeutsche Reich (x051/228-229): >>Großdeutsches Reich (Großdeutschland), zunächst propagandistisch, im Zweiten Weltkrieg offizielle Eigenbezeichnung des nationalsozialistischen Deutschen Reiches.

Die Bildung eines Großdeutschen Reiches war schon in Punkt 1 des Programms der NSDAP vom 24.2.20 verlangt worden: "Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen ... zu einem Großdeutschland"; das Parteiorgan "Völkischer Beobachter" trug seit 1921 den Untertitel "Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands".

Der Begriff "großdeutsch" hatte eine lange Entwicklung hinter sich und ging zurück auf das patriotische Erwachen in den Befreiungskriegen (1813/15) gegen die napoleonische Fremdherrschaft. Im Lied von E. M. Arndt (1769-1860) "Was ist des Deutschen Vaterland?" (1813) hieß es schon: "Das ganze Deutschland muss es sein."

Die Hoffnungen gingen unter in der Zeit der Restauration und scheiterten erneut 1848/49 am preußisch-österreichischen Dualismus und dem Vielvölkerballast der Donaumonarchie.

Bismarcks Reichsgründung von 1871 führte dann die kleindeutsche Lösung mit Modifikationen zum Sieg, deren "Enge" von den enttäuschten Verfechtern eines Großdeutschen Reiches bekämpft wurde.

Insbesondere in Deutsch-Österreich blieb die großdeutsche Sehnsucht wach (Alldeutscher Verband) und brach sich nach dem Untergang des habsburgischen Reiches 1918/19 Bahn in Forderungen nach Anschluß an das Deutsche Reich. Damit aber wären die Alliierten des Ersten Weltkrieges um die machtpolitischen Früchte des Sieges gebracht worden, weswegen sie in den Friedensverträgen die Vereinigung verboten.

Der Österreicher Hitler artikulierte in seiner großdeutschen Propaganda daher Hoffnungen auf "nationale Wiedergeburt", da der "Zusammenschluß des geschlossen siedelnden Deutschums" aufgrund des von alliierter Seite propagierten Selbstbestimmungsrechts der Völker die einzig realistische Chance schien zur Lockerung der "Fesseln des Versailler Vertrages".

Wenn dennoch nach Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich am 13.3.38 nur zögernd



vom Großdeutschen Reich gesprochen wurde, dann wegen der wesentlich weiter gesteckten Ziele Hitlers. In der Presseanweisung des Propagandaministeriums vom 21.3.38 wurde die Zurückhaltung damit begründet, daß zu einem wirklichen Großdeutschen Reich "natürlich noch andere Gebiete" gehörten, "die wir zu gegebener Zeit beanspruchen werden".

Zunächst dominierte daher der weniger verbindliche Begriff "Großdeutschland", der erst von der Bezeichnung Großdeutsches Reich verdrängt wurde nach der Eingliederung des Sudetenlandes (Oktober 38), des Memelgebietes (März 39), der "Reichsgaue" Danzig-Westpreußen und Wartheland (Oktober 39), der Errichtung der "Nebenländer" Protektorat (März 39) und Generalgouvernement (Oktober 39) sowie der Annexion Eupen-Malmedys (Mai 40) und der Übernahme Elsaß-Lothringens (Juli 40).

Mit dieser radikalen Überdehnung der ursprünglich großdeutschen Vorstellungen wurde der Begriff Großdeutsches Reich imperialistisch zerstört und konnte nach der Bedingungslosen Kapitulation (8.5.45) keine Wirkung mehr entfalten.<<

Der deutsche Prof. Hugo Andreae schreibt später über den Anschluß Österreichs (x076/235):  
>>... Der Einmarsch der deutschen Truppen und bald darauf Hitlers Einzug in Wien wird ein einziger Triumphzug ... Das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Deutschen und das Glück über die Verwirklichung der alten großdeutschen Forderung von 1848 kommt zum Ausbruch.

...

Für Hitler hätte das Ereignis der Höhepunkt seiner Erfolge sein können, denn er war Österreicher und kehrte nun im Triumph in die Stadt Wien zurück, die er als bettelarmer, einst enttäuschter Jüngling verlassen hatte. In Wahrheit aber teilte er nicht die Gefühle der Deutschen und ihr Glück über die vollzogene Vereinigung, da ihm der Gedanke der Selbstbestimmung und die Idee der deutschen Einheit überhaupt nicht bewegten.

Der Anschluß Österreichs war ihm lediglich das Sprungbrett für Gewalttaten auf dem Wege zur Unterwerfung Osteuropas. Von hier aus eröffneten sich politische und strategische Ausgangspunkte für die zunächst vorgesehene Überrumpelung der Tschechoslowakei.

... Der Anschluß war keine Vergewaltigung und Unterwerfung eines anderen Staates und Volkes. Es stellte vielmehr das den Deutschen in Versailles widerrechtlich vorenthaltene Selbstbestimmungsrecht her und lag so sehr in der Linie einer natürlichen politischen Entwicklung, daß sich in ganz Europa keine Hand rührte, um dem Lauf der Dinge Einhalt zu gebieten.<<

#### **11.04.1938**

NS-Regime: Das "Reutlinger Tageblatt berichtet am 11. April 1938 über die Volksabstimmung zum Anschluß Österreichs (x243/52): >>Reutlingen steht zum Führer, ... - Mehr und mehr füllen sich die Abstimmungslokale. ... -

Gegen 14 Uhr ... hatten die Männer vom Schlepperdienst zu tun. ... Sanitäter trugen die Kranken auf Bahren oder stützten sie ... beim Laufen. SA-Männer halfen alten Müttern die Stufen zum Wahllokal empor, gaben ihnen die letzten Belehrungen, und mit zittriger Hand, wird dann das Kreuz in den großen Kreis gesetzt: das Bekenntnis zu Großdeutschland und seinem Führer. ...<<

Großbritannien: Winston Churchill erklärt nach dem Anschluß Österreichs (x256/150):  
>>Europa sieht sich vor einem Angriffsplan, der sorgfältig ausgedacht und zeitlich berechnet ist und sich von Stufe zu Stufe entwickelt, und es steht nur eine einzige Wahl offen, nicht nur für uns, sondern auch für andere Länder: sich entweder wie Österreich zu unterwerfen oder wirksame Maßnahmen zu treffen, solange noch Zeit ist, die Gefahr abzuwenden.

Wenn wir weiterhin die Ereignisse abwarten – wie viele unserer Hilfsmittel werden wir uns verscherzen, wie viele Freunde werden sich uns entfremden, wie viele mögliche Verbündete werden wir einen nach dem anderen im grauenhaften Abgrund verschwinden sehen.

Wie oft noch wird der Bluff Erfolg haben, bis die hinter dem Bluff unablässig zunehmenden Kräfte sich zur Wirklichkeit zusammengeballt haben?<<

#### **24.04.1938**

**CSR:** Während der Hauptversammlung der Sudetendeutschen Partei in Karlsbad fordert Konrad Henlein am 24. April 1938 die "volle Autonomie" und Gleichberechtigung für die Sudetendeutschen (x245/427): >>... Volle Gleichberechtigung und Unabhängigkeit der sudetendeutschen Volksgruppe;

Feststellung und Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes;

Aufbau einer deutschen Selbstverwaltung im deutschen Siedlungsgebiet in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, soweit es sich um Interessen und Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe handelt;

Schaffung gesetzlicher Schutzbestimmungen für jene Staatsangehörigen, die außerhalb des geschlossenen Siedlungsgebietes ihres Volkstums leben;

Beseitigung des dem Sudetendeutschum seit 1918 zugefügten Unrechts und Wiedergutmachung der ihm durch dieses Unrecht entstandenen Schäden;

Anerkennung der Durchführung des Grundsatzes: Im deutschen Gebiet deutsche öffentliche Angestellte. ...<<

Präsident Benesch verteidigt weiterhin den "nationalen tschechoslowakischen Einheitsstaat" und lehnt das "Karlsbader Programm" als unannehmbar ab.

#### **26.04.1938**

**NS-Regime:** Die Juden müssen seit dem 26. April 1938 ihr Vermögen (Besitz über 5.000 Reichsmark) angeben.

Die systematische Ausplünderung der deutschen Juden beginnt (x032/441): >>... Der Beauftragte für den Vierjahresplan (Göring) kann Maßnahmen treffen, um den Einsatz des anmeldspflichtigen Vermögens im Interesse der deutschen Wirtschaft sicherzustellen.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Arisierung" (x051/39): >>Arisierung, nationalsozialistische Bezeichnung für die Überführung jüdischen Besitzes in "arische" (Arier) Hände zur "Entjudung der Wirtschaft".

Die Juden waren durch Arierparagraph und Nürnberger Gesetze aus dem öffentlichen Leben schon bald weitgehend ausgestoßen, im wirtschaftlichen Bereich waren ihnen aber Reservate geblieben, die durch die Arisierung beseitigt werden sollten:

Am 26.4.38 wurde die Anmeldepflicht für jüdische Vermögenswerte über 5.000 Mark verfügt und der Zugang der Juden zu ihren Bankkonten eingeschränkt, am 14.6.38 ordnete das Innenministerium die Registrierung aller jüdischen Unternehmen an. Der Staat setzte den Verkaufswert der jüdischen Betriebe auf einen Bruchteil des Verkehrswertes fest und sorgte mit abgestuften Druckmitteln für die Veräußerung nur an erwünschte Personen.

Zu den großen "Arisierungsgewinnlern" gehörten der I. G. Farben-Konzern, die Flick-Gruppe, Großbanken u.a. Der Erlös aus "arisierten" Unternehmen mußte auf Sperrkonten eingezahlt werden und war nur in beschränkter Höhe für die jüdischen Inhaber verfügbar, so daß die Arisierung letztlich einer fast entschädigungslosen Enteignung gleichkam.

Nach der Kristallnacht vom 9./10.11.38 wurde der Arisierungsdruck drastisch verschärft. Schon am 12.11.38 erging ein generelles Verbot für Juden, als Geschäftsführer zu fungieren, was jüdische Firmeninhaber zur Hineinnahme "arischer" Unternehmensleiter zwang. Diese oft von der Partei lancierten Personen übernahmen erst die Macht, bald darauf meist auch das ganze Geschäft. "Gefälligkeitsarier" wurden nach der "Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe" (22.4.38) mit Strafe bedroht.

Da den deutschen Juden als "Buße" für die von der SA und dem antisemitischen Mob verursachten Schäden der Kristallnacht hohe Zahlungen aufgebürdet wurden, war der Ausverkauf jüdischen Besitzes nur eine Frage der Zeit. Am 3.12.38 wurde der Wert jüdischen Grundbesitzes auf niedrigstem Niveau eingefroren, Wertsachen und Juwelen durften nur noch an staatliche Stellen verkauft werden. Die durch die Arisierung erzeugte Verarmung der jüdischen Be-

völkerung stand oft ihrem Ziel, nämlich die Juden zur Auswanderung zu schikanieren, im Weg, weil den Betroffenen nun dazu die Mittel fehlten.

Sie wurden Opfer der Endlösung. In der Arisierung trafen sich rassistische Motive der Nationalsozialisten mit traditionellen antisemitischen Neidaffekten des Mittelstandes und Expansionsbestrebungen der Großindustrie. In der Angst, bei der Verteilung der Beute zu spät zu kommen, entstand eine verhängnisvolle Koalition der Habgier, so daß sich wenig Widerstand gegen die Arisierung regte. Für die materiellen Schäden leistete die Bundesrepublik nach dem Krieg Wiedergutmachung.<<

### **April 1938**

**Jugoslawien:** Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht im März 1938 und dem Anschluß Österreichs wird das NS-Regime unmittelbarer Nachbar der Jugoslawen.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über das Deutschtum in Jugoslawien in den Jahren 1938 bis 1941 (x006/36E-44E): >>Nach der neuen Verfassung und dem Vereinsgesetz vom 19.9.1931 blieben Parteien, die die Interessen einer einzelnen nationalen Gruppe vertraten, weiterhin verboten und damit auch die "Partei der Deutschen". Um jedoch die Interessen der deutschen Minderheit auf parlamentarisch-politischem Wege vertreten zu können, schlossen sich die Deutschen der Regierungspartei an, die in weiteren Wahlen einem deutschen Kandidaten einen Wahlkreis überließ.

Der endgültige Anschluß an die neugegründete Regierungspartei, die "Radikale Gemeinschaft" des Ministerpräsidenten Stojadinović, wurde Anfang 1936 vollzogen. Auf der in Neusatz tagenden konstituierenden Versammlung des Bantschaftsrates der "Gemeinschaft" wurde daraufhin Dr. Kraft als Repräsentant der deutschen Minderheit in die oberste Parteileitung gewählt. Bis zum Jahre 1938 war es auch jeweils Dr. Kraft, der als Abgeordneter der Regierungspartei die Deutschen vertrat, von 1938 bis 1941 waren es Franz Hamm und Dr. Trischler, während G. Grassl und später Bischof Popp dem Senat angehörten.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß nur ein Teil des Deutschtums vorwiegend in der Woiwodina die Regierungspartei wählte und wählen konnte. Schwieriger war die Lage schon in Kroatien-Slawonien. Hier hatte die deutsche Bevölkerung wie das Gros der Kroaten bis 1931 fast ausschließlich die "Kroatische Bauernpartei" und in Slowenien (Gottschee) die katholische "Slowenische Volkspartei" unterstützt.

Abgesehen davon, daß hier die "Partei der Deutschen" in der Zeit ihres Bestehens kaum Anhänger hatte, wäre die Wahl eigener deutscher Kandidaten nicht möglich gewesen, da in den einzelnen Wahlkreisen die slawische Bevölkerung in der Mehrheit war. In der Gottschee besaßen die Deutschen wenigstens die Möglichkeit, demjenigen der beiden Kandidaten die Stimme zu geben, von dem sie am ehesten eine Vertretung ihrer kulturpolitischen und wirtschaftlichen Interessen erhoffen konnten.

Die Königsdiktatur und das spätere, nur bedingt demokratische Regierungssystem konnten zwar die innenpolitischen Schwierigkeiten nicht an der Wurzel beseitigen, zumal zu diesen noch die schweren Folgen der Weltwirtschaftskrise hinzukamen; jedoch ist es ihr zweifellos gelungen, stabilere Verhältnisse innerhalb des jugoslawischen Staates zu schaffen. Nach dem Abflauen der Weltwirtschaftskrise erholte sich auch die jugoslawische Volkswirtschaft und erhielt durch die in den 30er Jahren intensivierten Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich einen starken Auftrieb, der fraglos auch der deutschen Bevölkerung unerwartete Vorteile brachte.

Das galt auch insofern, als der wachsende politische und wirtschaftliche Einfluß des nationalsozialistischen Reiches die jugoslawischen Regierungsstellen aus wirtschafts- und außenpolitischen Gründen veranlaßte, auf Beschwerden der deutschen Minderheit einzugehen und ihre Ursachen abzustellen, obwohl es auch weiterhin an Behinderungen durch die subalternen Behörden nicht fehlte. Waren bis jetzt die Zustände im Schulwesen am häufigsten Anlaß zu Be-

schwerden gewesen, so traten nun, vor allem wieder im slowenischen Gebiet, die Behinderungen der Deutschen beim Bodenerwerb durch die sogenannten Liegenschaftsverordnungen in den Vordergrund.

Ursprünglich vor allem dazu bestimmt, den Bodenerwerb von Personen nichtjugoslawischer Nationalität in den Grenzgebieten zu verhindern, wurden diese in den 30er Jahren zu einer Handhabe entwickelt, die wirtschaftliche Basis der deutschen Minderheit einzuengen, deren Siedlungsgebiet fast ausschließlich im Grenzgebiet lag. Erst nach Jahren gelang es, dank wiederholter Bemühungen der deutschen Abgeordneten, die Aufhebung dieser das Deutschtum diskriminierenden Verordnungen zu erreichen.

Verglichen mit der Situation des Deutschtums in den anderen ost- und südosteuropäischen Staaten, vor allem im benachbarten Ungarn, war jedoch die Lage des Jugoslawiendeutschtums in der zweiten Hälfte der 30er Jahre erträglich, sein Verhältnis zum Staat normalisiert und sein innerer Zusammenhalt gefestigt.

Diese günstige Entwicklung wurde auf das stärkste gefährdet, als mit der Machtübernahme des Nationalsozialismus im Reich nationalsozialistische Ideen auch in die Reihen der Volksdeutschen eindrangen und eine innere Krise in der Volksgruppe auslösten, die alles bisher Erreichte in Frage stellte und die deutsche Bevölkerung in zwei sich aufs heftigste bekämpfende Lager spaltete.

Diese inneren Auseinandersetzungen können indessen nicht ausschließlich unter ideologischen Gesichtspunkten beurteilt werden, sondern mit ihnen bahnte sich zugleich eine Krise der bisherigen, vorwiegend bäuerlich bestimmten Volkstums- und Genossenschaftspolitik überhaupt an.

Außerdem handelte es sich um eine Auseinandersetzung zwischen einer jüngeren Generation, die die Hinwendung zum deutschen Volkstum und zum Reich forderte, und der älteren, die noch in der Doppelmonarchie aufgewachsen und in ihren Traditionen verwurzelt war. So verquickten sich ideologische Probleme mit Fragen des sozialen Einflusses und der Ablösung der Generationen zu einer großen Auseinandersetzung über die doppelte Loyalität: gegenüber Staat und Volkstum.

Bis zum I. Weltkrieg hatten die Deutschen in den Gebieten, die ehemals zur ungarischen Reichshälfte gehörten, allenfalls ein Gemeinschaftsbewußtsein entwickelt, das sich auf die Dorfgemeinschaft oder auf verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbargemeinden bezog. In kleinerem Maße hatte sich ein Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der einzelnen Siedlungsgebiete ausgebildet.

Das Erscheinen deutscher Truppen auf dem Balkan nach 1916, die Loslösung aus dem bisherigen Staatsverband und die Eingliederung in den neuen Staat, mit dem man kaum etwas gemeinsam hatte, der zudem die deutsche Bevölkerung reserviert oder gar mit Mißtrauen als Parteigänger der verhaßten Madjaren betrachtete, hatte dann eine stärkere Hinwendung zum Deutschtum zur Folge gehabt. Die Beziehungen zum Reich wurden enger, als dieses in seiner Volkstumspolitik auch die deutschen Organisationen in den Siedlungsgebieten Südosteuropas zu fördern begann.

Der stärkere Kontakt, den vor allem die an österreichischen und reichsdeutschen Hochschulen studierende volksdeutsche Jugend mit der gesamtdeutschen Entwicklung fand, brachte sie auch mit der nationalsozialistischen Bewegung in Berührung, deren Schlagworte ihre Wirkung nicht verfehlten. Es war zunächst nur eine kleine Gruppe jüngerer Akademiker, durch die diese Ideen im Deutschtum Jugoslawiens Eingang fanden.

Sie propagierte eine "Erneuerung" des deutschen Volkstums, die sie über die Volkstumsorganisationen des Kulturbundes zu verwirklichen suchte, wogegen die bisherigen Bemühungen der Repräsentanten der deutschen Minderheit radikal verurteilt wurden.

Die Bestrebungen dieser Gruppe, im Kulturbund Einfluß zu gewinnen, stießen indes auf den

heftigen Widerstand der Verbandsführung und auf die Opposition des größten Teils der deutschbewußten Bevölkerung, die mit Recht eine Beeinträchtigung des mühsam geschaffenen Vertrauensverhältnisses zwischen der Minderheit und der durch die "Gemeinschaft" des Ministerpräsidenten Stojadinović vertretenen Regierungspolitik befürchtete.

In ihrem Organ, der "Pantschowaer Post" (später "Volksruf"), setzten die "Erneuerer" unter ihrem Wortführer, dem Arzt Dr. Jakob Awender, ihre Kampagne gegen die Volkstumsorganisationen und die bisherige Volkstumsarbeit fort und gewannen unter dem Eindruck der politischen und wirtschaftlichen Erfolge des nationalsozialistischen Deutschlands vor allem in der jüngeren Generation zahlreiche Anhänger. Ihr Ziel war es, eine Volksgruppe zu schaffen, die sich als Vorposten des Reiches fühlen sollte und der auch die im fremden Volkstum aufgegangenen Deutschen zurückgewonnen werden müßten.

Obwohl die Politik der Erneuerer auf großen Widerstand stieß und in manchen Fällen von ihnen unterwanderte Ortsgruppen aus dem Kulturbund ausgeschlossen wurden, verfolgten sie ihre volkstumpolitischen Ziele weiter und bemühten sich in erster Linie um die bisher weniger betreuten deutschen Bevölkerungsschichten und Siedlungsgruppen, vor allem um das Kroatien- und Slawoniendeutschtum.

In dem vom Kulturbund organisatorisch nicht erfaßten slawonischen und kroatischen Gebiet gründete ein Anhänger der Erneuerungsgruppe, Branimir Altgayer, die "Kultur- und Wohlfahrtsvereinigung der Deutschen in Slawonien", die hier zahlreiche Ortsgruppen ins Leben rief. Sie versuchte vor allem, unter dem in großem Maße kroatisierten Streudeutschtum ein deutschvölkisches Bewußtsein zu erwecken, womit sie vielfach auch Erfolg hatte.

Die Initiative der Erneuerungsbewegung und ihre heftige Propaganda gegen die bisherige Volkstumsführung, namentlich gegen Dr. Kraft, bewog den Kulturbund, trotz der ermüdenden und aufreibenden Auseinandersetzungen mit den lokalen und regionalen Behörden seiner Tätigkeit Nachdruck zu verleihen und sie mehr als bisher über das Banat und die Batschka hinaus auszudehnen. Dabei wurde das Ziel nicht aufgegeben, das inzwischen geschaffene Vertrauensverhältnis zwischen den Volksgruppenpolitikern der älteren Generation und den verantwortlichen Regierungskreisen um Stojadinović zu erhalten.

Auch im Hinblick darauf sahen sich die Verbandspolitiker des Kulturbundes veranlaßt, die radikalen Ideen der Erneuerer zu bekämpfen, erst recht, als diese in eine engere Gemeinschaft mit der in Opposition zu der Regierung stehenden faschistischen "Zbor-Bewegung" Ljotićs traten.

Seit der Spaltung des Deutschtums in zwei Lager war eine geschlossene Politik der Volksgruppe nicht mehr möglich, so daß es Dr. Neuner im "Deutschen Volksblatt" beklagen konnte, wie sehr die Volksgruppe durch die "innervölkischen Auseinandersetzungen" im Hinblick auf ihr politisches Gewicht "für jede andere Gruppe an Wert" verliere. Wenn sich die reichsdeutschen Stellen in dieser Auseinandersetzung zwischen den bisherigen Führern der jugoslawiendeutschen Volksgruppe und den "Erneuerern" zurückhielten, so wird dies auf Rücksichten gegenüber der Politik der Regierung Stojadinović beruhen haben.

Diese nahm in wirtschaftlichen und politischen Fragen eine von der bisherigen jugoslawischen Außenpolitik abweichende Haltung ein und begann, sich aus dem unter französischem Einfluß stehenden Mächteblock zu lösen und Deutschland zu nähern, ein Versuch, der ihr zahlreiche innenpolitische Gegner schuf.

Um nicht durch eine offizielle Förderung der offensichtlich zum Nationalsozialismus neigenden Erneuerungsbewegung die Stellung Stojadinovićs noch stärker zu belasten, wurden von Berlin vorerst noch die von Jugoslawien anerkannten deutschen Volkstumsorganisationen unterstützt. Ihre Führer standen aber, je mehr die nationalsozialistische Ideologie sich im Auslandsdeutschtum ausbreitete, auf verlorenem Posten.

Da der fortdauernde Konflikt die ohnehin schwierige Position der Minderheit zusätzlich

schwächen mußte, während andererseits unter den Auswirkungen der Entwicklung im Reich die Erneuererbewegung an Boden gewann, bahnte sich seit Beginn des Jahres 1938 ein Ausgleich zwischen den beiden Gruppen an, der 1939 zustande kam.

Ein aus Vertretern der deutschen Volksgruppen in Estland, Lettland, Rumänien und der Tschechoslowakei bestehendes Schiedsgericht entschied, daß die "Erneuerer" ihre vor allem gegen Dr. Kraft erhobenen Beschuldigungen zurücknehmen sollten, wogegen Dr. Kraft der Rücktritt von seinen Ämtern dringend nahegelegt wurde. Dabei gelang es den radikalen Exponenten der Erneuerungsbewegung aber nicht, sich in den Vordergrund zu spielen.

Vielmehr wurde mit Dr. Josef Janko nach monatelangen Verhandlungen ein relativ gemäßigter Vertreter der Erneuerungsbewegung Vorsitzender des Kulturbundes; mit ihm zog eine Reihe gleichgesinnter jüngerer Männer in die leitenden Stellungen der kulturellen und wirtschaftlichen Volkstums-Organisationen ein. Damit war jedoch die in den langen internen Auseinandersetzungen aufgerissene Kluft nicht überbrückt; es rief neue Erbitterung hervor, daß mit dem Vordringen der Erneuerer die ältere Generation aus der Volkstums- und Genossenschaftsarbeit zurückgedrängt wurde.

Das Eindringen nationalsozialistischer Gedanken in den Kulturbund, die Übernahme der Formen reichsdeutscher Organisationen - vor allem in der Jugenderziehung - und die Propagierung einer volksdeutschen Einheitstracht erregten den Widerstand der älteren Generation und nicht zuletzt auch der Kirchen. Die von der Erneuerungsbewegung in die Volksgruppe hineingetragene Spaltung wirkte so auch nach der Beilegung des Konflikts nach, obwohl sich die in leitende Stellen gelangten, immer noch vergleichsweise gemäßigten Vertreter dieser Richtung um die Interessen des gesamten Deutschtums bemühten.

Gleichwohl blieb das Mißtrauen weiter Kreise der deutschen Bevölkerung lebendig, weil die radikalen Vertreter der Erneuerungsbewegung den ihnen vorenthaltenen Einfluß in den Volksgruppenorganisationen mit anderen Mitteln zu gewinnen suchten und dabei offenbar von einzelnen Institutionen im Reich unterstützt wurden.

Diese inneren Vorgänge sind auf dem Hintergrund der sich zuspitzenden außenpolitischen Lage Jugoslawiens zu sehen. Der jugoslawische Staat war seit dem Anschluß Österreichs unmittelbarer Nachbar des nationalsozialistischen Reiches geworden, dessen Anziehungskraft auf die Volksdeutschen wuchs; so kam es im März 1939 zu Anschlußkundgebungen unter den slowenischen Volksdeutschen, vor allem im Abstallerfeld.

Durch den Ausbruch des Krieges wurde Jugoslawien schließlich immer mehr in den Konflikt der kriegführenden Machtblöcke hineingezogen, aus dem es die jugoslawischen Politiker unter Führung des Nachfolgers von Stojadinović, Dragisa Cvetković, zunächst herauszuhalten sich bemühten.

Sie versuchten auch, die innenpolitischen Spannungen auszugleichen. Cvetković unternahm mit dem Ausgleichsversuch des sogenannten "Sporazums" vom 26.8.1939 einen letzten Anlauf, den unerträglich gewordenen serbisch-kroatischen Gegensatz zu mildern, indem er der Banschaft Kroatien weitgehende Selbstverwaltung gewährte (Punkt 2) und gegen den großserbischen Nationalismus die Gleichberechtigung der Kroaten hervorhob.

Die militärischen Erfolge des Dritten Reiches und sein zunehmender Druck auf Jugoslawien brachten die verantwortlichen jugoslawischen Politiker in eine immer schwierigere Situation. Sie mußten versuchen, einerseits auf die im Lande, vor allem unter den Serben, Slowenen und in der Armee vorherrschende proalliierte Stimmung Rücksicht zu nehmen, andererseits außenpolitisch so zu taktieren, daß sie die benachbarten Achsenmächte nicht mißtrauisch machten oder in ihren Sog gerieten.

Das Bestreben Hitlers, von den Balkanstaaten wegen ihrer Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft jeden militärischen Konflikt fernzuhalten und den italienischen Ambitionen entgegenzuwirken, begünstigte zunächst die Anstrengungen dieser jugoslawischen Politiker.,

Als Hitler aber den Entschluß faßte, den italienisch-griechischen Konflikt noch vor dem geplanten Rußlandfeldzug militärisch durch deutsche Hilfe zu entscheiden, konnte Jugoslawien die Taktik des Lavierens, nicht mehr fortsetzen.

Jetzt entschloß sich Cvetković, dem Dreimächtepakt beizutreten, ein Entschluß, der die achsenfeindliche Opposition unter General Simović sofort zur Gegenaktion bewog. Cvetković und sein Außenminister Cincar-Marković wurden am Tag ihrer Rückkehr von der Vertragsunterzeichnung verhaftet (27. März 1941).

Die Regierungsgewalt übernahm General Simović, der sich erfolgreich (4. April) darum bemühte, auch die "Kroatische Bauernpartei" unter Macek in sein Kabinett zu ziehen. König Peter wurde für großjährig erklärt und bestieg als Peter II. den Thron. Die Freudenkundgebungen der Bevölkerung Belgrads nach dem Staatsstreich ließen offenbar werden, wie unpopulär die Anlehnung an die Achsenmächte gewesen war.

Die deutsche Minderheit hatte nach dem Kompromiß zwischen den beiden Richtungen eine kurze Atempause relativer Ruhe und des Auf- und Ausbaus ihrer Institutionen erlebt. Dabei war ihr ebenso das von außenpolitischen Rücksichten bestimmte Entgegenkommen der Regierung wie der wirtschaftliche Aufschwung des Landes zugute gekommen. Von dem gesteigerten Export nach Deutschland profitierte auch die leistungsfähige jugoslawiendeutsche Landwirtschaft, deren Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften sich weiter entwickelten.

In dieser Lage bemühten sich die neuen Funktionäre, durch eine freiwillige Steuer aller Angehörigen der Volksgruppe die notwendige finanzielle Basis für die Unterhaltung ihrer Organisationen zu schaffen, und sie hatten damit einigen Erfolg. Mit dieser Selbsthilfeaktion machte sich die Volksgruppe nicht nur im Lande unabhängiger, sie versuchte damit auch eine selbständigere Position gegenüber den nationalsozialistischen Reichsstellen zu gewinnen. Dies gelang indessen nur bedingt.

Die offiziell mit der Betreuung der deutschen Volksgruppen beauftragten reichsdeutschen Institutionen, wie z.B. das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart, enthielten sich zwar gemäß den offiziellen außenpolitischen Richtlinien einer allzu starken Beeinflussung des Jugoslawiendeutschums, wogegen jedoch andere, mit diesen konkurrierende Stellen, vornehmlich der SS, ohne Rücksicht auf die möglichen Folgen für die jugoslawiendeutsche Bevölkerung ihre ideologischen und machtpolitischen Ziele durchzusetzen versuchten.

Unter den durch die Kompromißlösung von 1939 nicht zum Zuge gekommenen radikalen Vertretern der Erneuerungsbewegung fanden sich einige, die sich für diese Aktionen zur Verfügung stellten und durch ihre Tätigkeit das in den vergangenen Jahren geschaffene gute Verhältnis zwischen Staat und deutscher Minderheit in akute Gefahr brachten. In Slowenien war außerdem seit 1939 durch Anschlußkundgebungen des Deutschtums, das sich jahrelang besonders unterdrückt gefühlt hatte, eine besonders heikle Situation heraufbeschworen worden. Vergebens versuchten hier die Volksgruppenführung wie auch die deutschen diplomatischen Vertreter, mäßigend zu wirken.

Nach dem Militärputsch vom März 1941 entstand eine neue Lage. Die durch den Staatsstreich ausgelösten nationalen Ressentiments wirkten sich schon hier und da gegen die Deutschen aus. Bereits während der Kundgebungen am 27. März 1941 war es in Belgrad zu Zwischenfällen gekommen, von denen Deutsche und reichsdeutsche Institutionen, z.B. das deutsche Reisebüro, betroffen wurden. In den folgenden Tagen ereigneten sich vereinzelt ähnliche Aktionen in den deutschen Siedlungsgebieten, indessen kann man nicht von einem systematischen Vorgehen gegen die deutsche Volksgruppe sprechen.

Auch die neue Regierung Simović bemühte sich darum, vor einer Festigung des Regimes weitere Reibungen zu vermeiden und dem Reich zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen Jugoslawien keinen Anlaß zu geben. Um die deutsche Minderheit in diesem Konflikt nicht noch mehr zu exponieren, schränkte die Volksgruppenführung die volkspolitische Tätigkeit ein,

damit sie in dem von nationalen Leidenschaften aufgewühlten Land von sich aus keine Handhabe zum Vorgehen gegen die deutsche Bevölkerung bot. Die seit den letzten Märztagen schwelende Unruhe konnte sie indessen nicht mehr eindämmen.<<

**USA:** Der US-Wirtschaftsexperte Bernard M. Baruch (1870-1965) schlägt im April 1938 in einer Denkschrift an Präsident Roosevelt vor, die europäischen Juden in den "Vereinigten Staaten von Afrika" (britische Kolonialgebiete in Kenia, Tanganjika und Nordrhodesien) anzusiedeln.

Der US-Jurist Felix Frankfurter (1882-1965, von 1939-62, Richter am Obersten US-Gerichtshof) kritisiert damals die fehlende Hilfsbereitschaft in Nordamerika (x172/98): >>... Die Herren Baruch und Morgenthau sind so damit beschäftigt die eigene Haut und ihre "Stellungen" in Amerika zu retten, daß sie sich so gut wie gar nicht um das Schicksal der Opfer Hitlers kümmern. Diese Männer legten dasselbe Verhalten an den Tag wie die reichen und mächtigen Juden, die damals Hitler unterstützten, um den Bolschewismus zu unterdrücken.<<

#### **04.05.1938**

**NS-Regime:** Carl von Ossietzky (1889 in Hamburg geboren, bekannter Redakteur und Pazifist, erhält 1935 den Friedensnobelpreis) stirbt am 4. Mai 1938 an den Folgen einer Tuberkulose.

#### **06.05.1938**

**Großbritannien:** Die Londoner Zeitung "Daily Mail" berichtet am 6. Mai 1938 über die Lebensverhältnisse der Sudetendeutschen (x320/31): >>Die Deutschen sind ein sehr geduldiges Volk. Ich kann mir auch nicht einen Augenblick lang vorstellen, daß Großbritannien 20 Jahre lang ruhig zugesehen hätte, wie drei und eine halbe Million Briten unter der Knute eines durch und durch verabscheuten Volkes lebten, das eine fremde Sprache spricht und eine völlig verschiedene nationale Weltanschauung hat. Soweit ich meine Landsleute kenne, wären sie nach wenigen Jahren gegen eine solche Vergewaltigung eingeschritten.<<

#### **16.05.1938**

**Spanien:** Artur Becker (1905-1938, KPD-Politiker, 1930 jüngster Reichstagsabgeordnete), der als politischer Kommissar der XI. Internationalen Brigade am spanischen Bürgerkrieg teilnimmt, wird am 16. Mai 1938 in Burgos erschossen.

#### **21.05.1938**

**CSR:** Nach der Ermordung von 2 Sudetendeutschen in Eger ordnet die Prager Regierung am 21. Mai 1938 die Teilmobilmachung der tschechischen Armee an.

#### **26.05.1938**

**NS-Regime:** Hitler führt am 26. Mai 1938 die Grundsteinlegung für das Volkswagen-Automobilwerk in Fallersleben (später ein Stadtteil Wolfsburgs) durch.

Jede deutsche Familie soll zukünftig die Möglichkeit erhalten, einen "KdF-Wagen" (Vorgänger des VW-Käfers) zu einem Preis von 990 Reichsmark zu erwerben. Ab 1938 kann jeder Deutsche das sogenannte "KdF-Auto" ("Volkswagen") bestellen, wenn er bereit ist, monatliche Raten in Höhe von mindestens 5 RM zu zahlen (x138/201).

Der KdF-Wagen, der in einem Werk bei Fallersleben hergestellt wird, soll frühestens nach 5-6 Jahren an die 300.000 Besteller ausgeliefert werden. Während des Zweiten Weltkrieges produziert das KdF-Werk jedoch in erster Linie Kübelwagen für die Wehrmacht.

Die gewitzten Berliner erkennen bereits frühzeitig das Schwindelgeschäft des NS-Regimes: "Die "Bomberwagen" werden nie geliefert, denn das Geld wird für Bomben benötigt!"

Dr. Reinhard Barth schreibt später über den "Volkswagen" (x051/614): >>Volkswagen (VW), von Ferdinand Porsche konstruiertes Automobil, das, zu erschwinglichem Preis angeboten, eine Massenmotorisierung in Deutschland einleiten sollte.

Dabei verband sich ein Investitionsprogramm für die Industrie mit einer sozialpolitischen Zielsetzung; das Auto verlor seinen Charakter als Statussymbol reicher Leute. Idee und sogar



erste Vorstellungen über die (käferförmige) Gestalt des VW sollen von Hitler stammen ("wie ein Maikäfer soll er aussehen; man braucht nur die Natur zu betrachten, um zu wissen, wie sie mit der Stromlinie fertig wird").

Porsches Entwurf eines Autos für vier Personen, mit Hinterradantrieb, luftgekühltem Motor, 100 km/h Höchstgeschwindigkeit, 8 l Verbrauch, zum Preis von 1.000 RM, wurde bereits im Januar 34 vorgestellt, Prototypen fuhren ab 1936 (Limousine, Kabriolett und Roldeck-Version). Die Automobilindustrie, die den Volkswagen finanzieren und in ihren Fabriken bauen sollte, verzögerte das Projekt. Daraufhin übertrug Hitler die Produktion auf ein eigenes Werk, das 1938 von der Deutschen Arbeitsfront in der "Stadt des KdF-Autos", dem heutigen Wolfsburg, gegründet wurde.

Die Freizeitorganisation Kraft durch Freude (KdF) gab Sparkarten aus ("Fünf Mark die Woche mußt du sparen, willst du im eigenen Wagen fahren!"). Von den 336.000 Bestellern bekam indes niemand seinen Wagen zu Gesicht, der VW wurde nach Kriegsbeginn nur als Kübelwagen für die Wehrmacht gebaut. 1944 kam die Produktion nach schweren Luftangriffen zum Erliegen, wurde aber in der Nachkriegszeit rasch wieder aufgenommen, diesmal mit wirklichen VWs, die als "Käfer" ihren Siegeszug um die Welt antraten.

Die KdF-Sparer wurden 1961 mit einem Preisnachlaß von DM 600,- bei Neuwagenkauf abgefunden.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Ferdinand Porsche (x051/451):  
>>Porsche, Ferdinand, geboren in Maffersdorf (Böhmen) 3.9.1875 gestorben in Stuttgart 30.1.1951, deutscher Autokonstrukteur, Klempnerlehre, Weiterbildung im Selbststudium zum Ingenieur.

Porsche fand Anstellung bei der Wiener Automobilfabrik Lohner, für die er 1900 ein Elektrofahrzeug mit Radnabenmotor konstruierte. 1906 wechselte er zur Firma "Austro-Daimler", wurde 1916 deren Generaldirektor und baute dort Autos mit Verbrennungsmotor, die internationales Aufsehen erregten. Ab 1923 bei den Daimler-Werken in Stuttgart beschäftigt, baute er 1933 für Auto Union einen Sportwagen, der auf Jahre hinaus alle internationalen Rennen gewann und Porsche die Berufung in die oberste Sportbehörde einbrachte.

Im Frühjahr 37 beauftragte ihn Hitler mit der Konstruktion eines kleinen Massenfahrzeugs, das für jedermann erschwinglich sein sollte. Dieses Projekt wurde mit 50 Millionen RM von der DAF gefördert und bereits zu Hitlers Geburtstag 1938 konnte Porsche den Volkswagen (zunächst "KdF-Wagen") vorstellen und wenig später die Geschäftsführung der neu gegründeten Volkswagen GmbH übernehmen.

Hitler zeichnete ihn 1938 mit dem Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft aus. Im Krieg als Panzerkonstrukteur weniger erfolgreich (gescheitertes Projekt eines 100-t-Kampfwagens), verlegte sich Porsche nach 1945 auf den Sportwagenbau.<<

### **30.05.1938**

**NS-Regime:** Hitler informiert führende Befehlshaber der deutschen Wehrmacht am 30. Mai 1938 über die geplante Zerschlagung der Tschechoslowakei (x191/84): >>Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen. Den politisch und militärisch geeigneten Zeitpunkt abzuwarten oder herbeizuführen ist Sache der politischen Führung. ...<<